

Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2014 des Landkreises Calw



Inhaltsverzeichnis

1. Allgemeine Vorbemerkungen	7
1.1 Prüfungsauftrag	7
1.2 Prüfungsumfang und Prüfungsunterlagen	7
2. Grundsätzliche Feststellungen	7
2.1 Systemprüfung	7
2.1.1 Anordnungswesen	8
2.1.2 Buchführung	8
2.1.3 Richtlinien, Dienstanweisungen	8
2.2 Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Anhangs	9
2.3 Wirtschaftliche Verhältnisse	10
3. Grundlagen der Haushaltswirtschaft	11
3.1 Haushaltssatzung/Nachtragshaushaltssatzung	11
3.2 Haushaltsplan/Nachtragshaushaltsplan	11
4. Ausführung des Haushaltsplans	12
4.1 Planvergleich	12
4.1.1 Ergebnishaushalt	12
4.1.2 Finanzhaushalt	13
4.1.3 Teilhaushalte/Budgets	13
4.2 Kassenkredite	13
5. Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2014	14
5.1 Ergebnisrechnung	14
5.1.1 Ordentliche Erträge	16
5.1.2 Ordentliche Aufwendungen	18
5.1.3 Außerordentliche Erträge	20
5.1.4 Außerordentliche Aufwendungen	21
5.1.5 Sonderergebnis	21
5.1.6 Jahresergebnis	21
5.2 Teilergebnisrechnungen	21
5.3 Finanzrechnung	21
5.3.1 Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	25
5.3.2 Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	26
5.3.3 Einzahlungen für Investitionstätigkeit	26

5.3.4	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	27
5.3.5	Auszahlungen für Investitionstätigkeit	27
5.3.6	Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	28
5.3.7	Endbestand an Zahlungsmitteln (Liquide Mittel am Ende des Jahres)	28
5.4	Teilfinanzrechnung	29
5.5	Bilanz.....	29
5.5.1	Aktiva.....	30
5.5.2	Passiva	35
5.6	Anhang.....	38
5.6.1	Rechenschaftsbericht.....	38
5.6.2	Vermögensübersicht	38
5.6.3	Schuldenübersicht.....	39
5.6.4	Forderungsübersicht	40
5.6.5	Ermächtigungsübertragungen (Übersicht über zu übertragende Mittel bzw. Ermächtigungen)	40
6.	Wesentliche Schwerpunktprüfungen in 2014	42
6.1	Schülerbeförderungsverträge	42
6.2	Einführung SoJuHKR / Ablösung WAUS	42
6.3	Stellenausschreibungen über eine Agentur	42
6.4	Inventarprüfung Burg Hornberg	42
6.5	Inventarprüfung Straßenmeisterei Nagold	42
6.6	Asylbewerberleistungsgesetz (Sachgebietsprüfungen).....	43
6.7	Eingliederungshilfe (Sachgebietsprüfungen)	43
6.8	Grundsicherung (Sachgebietsprüfungen).....	43
6.9	Hilfe zur Pflege (Sachgebietsprüfungen)	43
6.10	Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (Sachgebietsprüfungen)	43
6.11	Umsetzung Bildungs- und Teilhabepaket.....	43
6.12	Jugendhilfe Abarbeitung Prüfbemerkungen	43
6.13	Kassenprüfung Kreiskasse.....	43
6.14	Kassenprüfung AWB	44
6.15	Kassenprüfung Eigenbetrieb Immobilien der Kreiskrankenhäuser	44
6.16	Fuhrparkmanagement.....	44
6.17	Rundfunkgebühren des Landkreises	44
6.18	FAG Grunderwerbsteuermeldungen.....	44
6.19	Energiebeschaffung Landkreisgebäude	45
6.20	Vergabeproofungen	45
	Von anderen Abteilungen wurden keine Vergaben vorgelegt.	46

6.21	Betriebskostenabrechnung der Sporthallen an den Kreisberufsschulzentren Nagold und Calw	46
6.22	Abrechnung von Maßnahmen im Straßenbau	46
7.	Ergebnis der Jahresabschlussprüfung	46
7.1	Zusammenfassung	46
7.2	Erklärung des Rechnungsprüfungsamts	47
8.	Kennzahlen des Jahresabschlusses	49

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Ergebnishaushalt	12
Tabelle 2:	Finanzhaushalt	13
Tabelle 3:	Teilhaushalte und Budgets	13
Tabelle 4:	Ergebnisrechnung	15
Tabelle 5:	Stellenplanentwicklung	19
Tabelle 6:	Finanzrechnung	24
Tabelle 7:	Aktiva	30
Tabelle 8:	Passiva	35
Tabelle 9:	Vermögensübersicht	38
Tabelle 10:	Schuldenübersicht	39
Tabelle 11:	Forderungsübersicht	40

Abkürzungsverzeichnis

AO	Abgabenordnung
EigBG	Eigenbetriebsgesetz
EStG	Einkommenssteuergesetz
GemKVO	Verordnung des Innenministeriums über die Kassenführung der Gemeinden (Gemeindekassenverordnung - GemKVO)
GemHVO	Verordnung des Innenministeriums über die Haushaltswirtschaft der Gemeinden (Gemeindehaushaltsverordnung - GemHVO)
GemO	Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (Gemeindeordnung - GemO)
GewStG	Gewerbesteuergesetz
GoB	Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
HGB	Handelsgesetzbuch
NKHR	Neues kommunales Haushalts- und Rechnungswesen
RPA	Rechnungsprüfungsamt
UStG	Umsatzsteuergesetz
VgV	Vergabeverordnung

Hinweis:

Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen von +/- einer Einheit (TEUR, Prozent usw.) auftreten.

1. Allgemeine Vorbemerkungen

Die zu Grunde gelegte Einwohnerzahl basiert auf der Zensus-Fortschreibung des Statistischen Landesamtes zum 30.06.2014 (aktueller Stand zum Prüfungszeitpunkt).

1.1 Prüfungsauftrag

Die Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) ist durch das Gesetz zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts vom 04.05.2009 geändert worden. Der Kreistag des Landkreises Calw hat in der Sitzung am 21.10.2008 beschlossen, das neue Recht ab dem Jahre 2010 einzuführen.

Der gesetzliche Prüfungsauftrag ergibt sich somit aus den §§ 110 Absatz 1 i.V.m. 109 Absatz 1 GemO.

1.2 Prüfungsumfang und Prüfungsunterlagen

Die Prüfung wurde nach § 110 Absatz 1 GemO durchgeführt und erstreckte sich auf die mit dem Jahresabschluss vorgelegten Unterlagen.

Im Einzelnen sind für das Jahr 2014 vorgelegt worden:

- Haushaltssatzung und Haushaltsplan mit Anlagen
- Ergebnisrechnung
- Finanzrechnung
- Bilanz
- Anhang

Der Anhang besteht aus:

- Rechenschaftsbericht
- Vermögensübersicht
- Schuldenübersicht
- Forderungsübersicht

Die weiteren zur Prüfung angeforderten Unterlagen wurden dem RPA bereitwillig zur Verfügung gestellt, notwendige Auskünfte wurden von der Verwaltung erteilt.

2. Grundsätzliche Feststellungen

Die Prüfung hat sich gemäß § 110 Absatz 1 Ziffer 1 GemO auch darauf zu erstrecken, ob nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften unter Beachtung der maßgebenden Verwaltungsgrundsätze und der gebotenen Wirtschaftlichkeit verfahren wird.

2.1 Systemprüfung

Es wurde geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d.h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen

kommunalverfassungsrechtlichen und haushaltsrechtlichen Vorschriften und den Beschlussfassungen des etatberechtigten Organs geführt worden sind.

Grundlegendes Geschäftsinstrumentarium ist das Rechnungswesen, zu dem der jährlich aufzustellende Haushaltsplan, die Buchführung und der Jahresabschluss gehören.

Entsprechend § 77 Absatz 3 GemO ist das Rechnungswesen nach den Regeln der kaufmännischen doppelten Buchführung zu führen. Die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung sind zu beachten.

Die Bücher des Landkreises Calw wurden im Rahmen einer Belegprüfung zur Vorbereitung der Jahresabschlussprüfung geprüft. Die Belegprüfung erfolgt regelmäßig im Rahmen der Kassenprüfung.

Nach dem Ergebnis dieser Prüfung wurden die Bücher ordnungsgemäß geführt.

Nach Maßgabe der betrieblichen Erfordernisse werden die Investitionsentscheidungen vom Kreistag oder dem Landrat getroffen, sie sollten Eingang in den Haushaltsplan finden.

Das Rechnungswesen entspricht den Bedürfnissen einer Verwaltungsbehörde dieser Größenordnung. Es kann relevante Informationen zeitnah liefern.

Bei der Prüfung ergaben sich keine Anhaltspunkte dafür, dass die Geschäfte nicht ordnungsgemäß geführt werden. Es konnte festgestellt werden, dass die Geschäftspolitik auf üblichen ordnungsmäßigen Entscheidungsgrundlagen beruhte.

2.1.1 Anordnungswesen

Die gesetzlichen Bestimmungen über das Anordnungswesen werden beachtet. Entsprechend §§ 112 Absatz 1 Nummer 1, 110 Absatz 1 GemO sind die Kassenvorgänge und Belege zur Vorbereitung des Jahresabschlusses 2014 geprüft worden.

Die im Rahmen der **Kassenprüfung** festgestellten Mängel sind weitestgehend abgestellt.

2.1.2 Buchführung

Die Buchführung erfolgte unter Anwendung des EDV-Buchführungssystems SAP. Die Jahresabschlussbuchungen wurden mit dem Buchführungssystem der Software SAP erstellt.

Die Buchführung erfolgte unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung und entspricht gesetzlichen Vorschriften.

Die Bücher sind nach den Regeln der doppelten Buchführung geführt worden.

Die Überprüfung, ob die Befugnis zur Feststellung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit vorlag, erfolgte in Stichproben. Es ergaben sich keine Beanstandungen.

2.1.3 Richtlinien, Dienstanweisungen

Der Landkreis Calw hat die in §§ 22, 35, 39 GemHVO und §§ 7, 11 GemKVO genannten notwendigen Regelungen erlassen.

Die aufgrund der Einführung des NKHR erforderlichen **Änderungen in verschiedenen Richtlinien und Dienstanweisungen sind noch aufzunehmen.**

Entsprechende Vorbereitungen laufen; Entwürfeliegen bereits vor. . Die Hauptsatzung wurde neu gefasst. Die neue Zuständigkeitsordnung trat am 24.08.2015 bereits in Kraft. Die Kassendienstanweisung ist im Anschluss daran noch zu überarbeiten.

Ein **IKS** (internes Kontrollsystem), das Standardisierungen im Arbeitsablauf festlegt und die Einhaltung der Standards auch im Sinne einer Qualitätssicherung überprüfbar macht, **ist noch nicht flächendeckend eingeführt**.

2.2 Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Anhangs

Der Jahresabschluss ist unter Beachtung der §§ 95 und 95 b GemO aufgestellt worden und enthält die verbindlich vorgeschriebenen Anlagen.

Der Landrat hat am 10.09.2015 gemäß § 95 b Absatz 1 GemO die Vollständigkeit und Richtigkeit des Abschlusses festgestellt.

Die Prüfung ergab, dass die Bilanz, die Ergebnis- und die Finanzrechnung nach den haushaltsrechtlichen Vorschriften über die Rechnungslegung der GemO und der GemHVO aufgestellt und ordnungsgemäß aus den Büchern des Landkreises entwickelt worden sind.

Die Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften sowie der Stetigkeitsgrundsatz wurden – soweit geprüft - beachtet.

Der Anhang enthält die erforderlichen Erläuterungen der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung sowie die sonstigen Pflichtangaben.

Aus der überörtlichen Prüfung ist die **(Nach-) erfassung der Stützbauwerke an Kreisstraßen noch nicht abgeschlossen**. Die vom Landkreis im Rahmen der Prüfung gemachte Zusage, die Stützbauwerke sukzessive zu bewerten und zu erfassen wurde von der Rechtsaufsichtsbehörde akzeptiert. Die schwierigen - teilweise auch unbekannten - rechtlichen und tatsächlichen Verhältnisse lassen eine andere Verfahrensweise auch aus Effizienzgründen nicht zu. Die Bewertung und Erfassung wird jeweils im Zuge von Sanierungs- oder Ausbaumaßnahmen erfolgen.

Die **Inventur erfolgt** jährlich zum Jahresende **durch die Anlagenbeauftragten der einzelnen Abteilungen**. Seitens der Abteilung Kommunalaufsicht und Revision wurden Stichproben im Rahmen einer Sonderprüfung genommen. Die dabei gemachten Feststellungen wurden umgehend behoben.

Die Vermögensgegenstände werden mittels körperlicher Bestandsaufnahme erfasst. Es erfolgt eine Stichtagsinventur. Im Rahmen von **Stichprobenprüfungen** konnte der **Eindruck der Vollständigkeit** gewonnen werden.

Der Jahresabschluss ist bis zum 30.06. des Folgejahres von der Verwaltung aufzustellen und vom Landrat zu unterzeichnen. Er ist bis zum 31.12. des Folgejahres vom Kreistag festzustellen (§ 48 LKrO i.V.m. § 95b GemO). Der **Jahresabschluss 2014** wurde aufgrund der durch die hohe Personalfuktuation im Bereich der Kämmerei entstandenen Rückstände **erst am 10.09.2015 aufgestellt**.

Die wesentlichen Abweichungen sind in Anlage 6.4 zum Jahresabschluss 2014 dargestellt und zutreffend erläutert.

Der Abschreibungszeitraum entsprach jeweils den in der Abschreibungstabelle genannten Abschreibungssätzen. Eine Ausnahme bilden die Straßen. Hier wurde aufgrund der Erfahrungswerte eine längere (d.h. die betriebsgewöhnliche) Nutzungsdauer angenommen (40 J bei Vollausbau, 30 J bei Teilausbau)- vgl. Anlage 6.4 Nr. (14).

Von den im Fahrzeugbestand befindlichen 109 Fahrzeugen sind 60 bereits abgeschrieben. Auch hier könnte überlegt werden, ob nicht auf eine - offensichtlich längere - betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer umgestellt wird.

Es wurde wiederum festgestellt, dass die Anlagebuchhaltung nicht dem Inventarverzeichnis folgt, indem nach Neubau von Straßenabschnitten von den abschnittsweise gebildeten Anlagen abweichende Verbuchungen der Neubaustrecke (z.B. Zusammenfassung) erfolgt sind, wodurch die Nachvollziehbarkeit fehlt.

Insgesamt erscheint eine Rückmeldung der gebuchten Daten an die Fachabteilung und Antwort nach Kontrolle empfehlenswert. Daneben könnte auch eine Vereinheitlichung der unterschiedlichen Praxis der Abteilungen helfen.

Erfolgte Umbuchungen waren nur schwer nachvollziehbar. Die Belege sollten einen entsprechenden Vermerk (z.B. „umgebucht auf...“) enthalten.

2.3 Wirtschaftliche Verhältnisse

Gemäß § 77 Absatz 2 GemO ist die Haushaltswirtschaft sparsam und wirtschaftlich zu führen. Die Beachtung dieses Haushaltsgrundsatzes ist auch im Hinblick auf die Sicherung der stetigen Aufgabenerfüllung prüfungsrelevant.

Bei der Vergabe von Aufträgen dient die Beachtung der Vergabevorschriften dem Ziel, wirtschaftlich zu verfahren. Für Körperschaften des öffentlichen Rechts gilt das Vergaberecht (gemäß § 4 Vergabeverordnung (VgV) i.V.m. § 98 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)). Das Rechnungsprüfungsamt hat daher im Rahmen der Jahresabschlussprüfung die Beachtung von Vergabevorschriften zu prüfen.

Vom Landkreis wurden im Haushaltsjahr 2014 diverse Aufträge erteilt, für die die Beachtung von Vergabeverfahren relevant war.

Die unter Beachtung der festgelegten Wertgrenzen dem RPA vorzulegenden Auftragsvergaben wurden im Haushaltsjahr 2014 vorgelegt. Es ergaben sich keine wesentlichen Feststellungen.

Nach dem Ergebnis dieser Prüfung ist festzustellen, dass die Haushaltswirtschaft des Landkreises Calw wirtschaftlich geführt wird.

Die Investitionsentscheidungen wurden nach den vorgenommenen Stichprobenkontrollen entsprechend den Regelungen in der Hauptsatzung getroffen.

Die Vergabe von Aufträgen unterliegt zudem bei Verträgen über 50.000 EUR bei Bauleistungen und über 25.000 EUR bei Lieferungen und Leistungen der Visa-Kontrolle durch die Revision. Bei der Prüfung der vorgelegten Vergaben ergaben sich keine wesentlichen Beanstandungen.

3. Grundlagen der Haushaltswirtschaft

3.1 Haushaltssatzung/Nachtragshaushaltssatzung

In seiner Sitzung am 24.02.2014 hat der Kreistag die Haushaltssatzung für das Jahr 2014 beschlossen. Die Vorlage erfolgte am 10.03.2014. Weder Zeitpunkt des Beschlusses noch Zeitpunkt der Vorlage an das Regierungspräsidium wurde von dort moniert.

Die Haushaltssatzung enthielt genehmigungspflichtige Teile.

Die notwendige Genehmigung der Haushaltssatzung ist am 24.04.2014 von der Rechtsaufsichtsbehörde erteilt worden.

Für 2014 wurde keine Nachtragshaushaltssatzung verabschiedet.

Die Veröffentlichung der Haushaltssatzung im Schwarzwälder Boten in den Regionalausgaben „Der Gesellschafter“, „Kreismeldungen“ und „Der Enztäler“ erfolgte am 03.05.2014.

3.2 Haushaltsplan/Nachtragshaushaltsplan

Der Haushaltsplan war im Ergebnishaushalt ausgeglichen (mit Überschuss) und schließt

in den ordentlichen Erträgen mit 147.088.506,00 EUR und

in den ordentlichen Aufwendungen mit 146.576.034,00 EUR sowie

in den außerordentlichen Erträgen mit 383.413,00 EUR und

in den außerordentlichen Aufwendungen mit 255.505,00 EUR ab.

Das geplante Gesamtergebnis belief sich auf 640.380,00 EUR.

Der gemäß § 80 Absatz 2 GemO vorgeschriebene Haushaltsausgleich war somit gegeben.

Im Vergleich zum Ergebnis des Vorjahres wurde bei den geplanten ordentlichen Erträgen hinsichtlich des Einnahmenvolumens eine Erhöhung um 3.449.525,54 EUR und bei den geplanten ordentlichen Aufwendungen eine Erhöhung um 5.677.645,35 EUR erwartet.

Damit war eine Verschlechterung der Haushaltslage des Landkreises gegenüber dem Vorjahr um 2.228.119,81 EUR geplant. Das außerordentliche (Plan-)Ergebnis erhöhte sich um 1.265.665,55 EUR.

Die Ertrags-/Finanzkraft des Landkreises reichte nach den Plan-Ansätzen aus, um die Aufwendungen zu finanzieren.

Der Finanzhaushalt weist

Einzahlungen von 150.248.632,00 EUR und

Auszahlungen von 150.163.117,00 EUR nach.

Im Vergleich zum Vorjahr sind erhebliche Abweichungen festzustellen. Die Abweichungen betreffen im Wesentlichen die Baumaßnahmen an den Flüchtlingsunterkünften in Gechingen und in Calw Wimberg.

Außerdem wurde 2014 die Schlussrechnung der Enztalbahn vorgelegt.

Auf die Auflistung unter Ziffer 6.5 des Rechenschaftsberichtes zum Jahresabschluss 2014 wird verwiesen.

Wegen der Teilhaushalte wird auf den Haushaltsplan Bezug genommen.

Der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen wurde auf 4.200.000,00 EUR festgesetzt.

Verpflichtungsermächtigungen wurden in Höhe von 4.499.000,00 EUR veranschlagt.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wurde auf 27.000.000,00 EUR festgesetzt.

4. Ausführung des Haushaltsplans

4.1 Planvergleich

4.1.1 Ergebnishaushalt

Ergebnishaushalt			
	Plan	Ausführung	Differenz
Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge	147.088.506,00 EUR	150.435.106,76 EUR	3.346.600,76 EUR
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen	146.576.034,00 EUR	147.196.498,99 EUR	620.464,99 EUR
ordentliches Ergebnis	512.472,00 EUR	3.238.607,77 EUR	2.726.135,77 EUR
Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
veranschlagtes ordentliches Ergebnis	512.472,00 EUR	3.238.607,77 EUR	2.726.135,77 EUR
Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge	383.413,00 EUR	989.654,36 EUR	606.241,36 EUR
Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen	255.505,00 EUR	507.119,83 EUR	251.614,83 EUR
Veranschlagtes Sonderergebnis	127.908,00 EUR	482.534,53 EUR	354.626,53 EUR
Veranschlagtes Gesamtergebnis	640.380,00 EUR	3.721.142,30 EUR	3.080.762,30 EUR

Tabelle 1: Ergebnishaushalt

Aus dem Vorjahr standen für Aufwendungen noch übertragene Haushaltsermächtigungen über 693.374,14 EUR zur Verfügung.

4.1.2 Finanzhaushalt

Finanzhaushalt			
	Plan	Ausführung	Differenz
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	144.716.122,00 EUR	148.352.863,79 EUR	3.636.741,79 EUR
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	140.719.993,00 EUR	140.980.717,08 EUR	260.724,08 EUR
Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.996.129,00 EUR	7.372.146,71 EUR	3.376.017,71 EUR
Einzahlungen für Investitionstätigkeit	1.332.500,00 EUR	3.375.851,18 EUR	2.043.351,18 EUR
Auszahlungen für Investitionstätigkeit	7.034.800,00 EUR	7.400.406,75 EUR	365.606,75 EUR
Veranschlagter Finanzierungsmittel-überschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	-5.702.300,00 EUR	-4.024.555,57 EUR	1.677.744,43 EUR
Veranschlagter Finanzierungsmittel-überschuss/-bedarf	-1.706.171,00 EUR	3.347.591,14 EUR	5.053.762,14 EUR
Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	4.200.000,00 EUR	2.000.000,00 EUR	-2.200.000,00 EUR
Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	2.408.324,00 EUR	2.467.324,42 EUR	59.000,42 EUR
Veranschlagter Finanzierungsmittel-überschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit	1.791.676,00 EUR	-467.324,42 EUR	-2.259.000,42 EUR
Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittel-bestands	85.505 EUR	2.880.266,72 EUR	2.794.761,72 EUR

Tabelle 2: Finanzhaushalt

Aus dem Vorjahr standen keine Haushaltseinnahmereste und Haushaltsausgabereste von 3.850.091,02 EUR zur Verfügung.

4.1.3 Teilhaushalte/Budgets

Der Landkreis hat folgende Teilhaushalte/Budgets eingerichtet:

Teilhaushalte und Budgets		
Bezeichnung	Ansatz	Abschluss
Steuerung und Service	-20.683.202,00 EUR	-19.234.745,85 EUR
Nahverkehr, Wirtschaftsförderung, Tourismus	-4.619.622,00 EUR	-3.680.777,29 EUR
Schulen und Kultur	190.048,00 EUR	413.168,83 EUR
Jugend und Soziales	-52.124.691,00 EUR	-54.390.251,36 EUR
Straßenbau	-3.055.196,00 EUR	-1.859.198,88 EUR
Land- und Forstwirtschaft	-5.129.298,00 EUR	-4.554.613,24 EUR
Umwelt und Ordnung	-2.703.769,00 EUR	-2.744.075,78 EUR
Allgemeine Finanzwirtschaft	88.638.200,00 EUR	89.289.101,34 EUR
Gesamt	512.470,00 EUR	3.238.607,77 EUR

Tabelle 3: Teilhaushalte und Budgets

4.2 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen betrug nach § 4 der Haushaltssatzung 27.000.000,00 EUR. Bis zum Inkrafttreten der Haushaltssatzung galt der Höchstbetrag aus dem Vorjahr in Höhe von 25.000.000,00 EUR.

Die vollständige Überprüfung der Auszüge aller Konten ergab, dass Kassenkredite - auch als Überziehungskredite der Girokonten - nicht durchgängig in Anspruch genommen wurden.

Die **Inanspruchnahme von Kassenkrediten** war zu den **Zeitpunkten unterbrochen**, in denen die **Finanzausgleichszahlungen** bei der Kreiskasse eingingen. Insgesamt musste der Kreis **an 173 Tagen Kassenkredite in Anspruch** nehmen (2013: 257 Tage, 2012: 306 Tage). In nahezu der Hälfte des Jahres werden Kassenkredite benötigt. Die Liquidität des Landkreises ist deshalb trotz der deutlichen Verbesserungen gegenüber den Vorjahren noch verbesserungswürdig.

Der genehmigte Höchstbetrag in Höhe von 27.000.000,00 EUR wurde - soweit geprüft - nicht überschritten.

Für Kassenkredite waren im Berichtsjahr 10.945,93 EUR (im Vorjahr 16.403,92 EUR) an Zinsleistungen aufzubringen.

5. Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2014

5.1 Ergebnisrechnung

In folgender Übersicht ist die Ergebnisrechnung dargestellt:

Ergebnisrechnung				
Erträge und Aufwendungen	Ergebnis des Vorjahres	Ansätze des Haushaltsjahres	Ergebnis des Haushaltsjahres	Plan-/Ist-Vergleich
ordentliche Erträge				
1. Steuern und ähnliche Abgaben	537.185,96 €	550.000,00 €	762.498,90 €	212.498,90 €
2. Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen und aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	114.232.358,72 €	118.496.325,00 €	119.912.647,07 €	1.416.322,07 €
3. sonstige Transfererträge	8.378.760,29 €	6.633.962,00 €	8.163.134,39 €	1.529.172,39 €
4. öffentlich-rechtliche Entgelte	5.228.923,16 €	4.861.700,00 €	5.192.459,02 €	330.759,02 €
5. privatrechtliche Leistungsentgelte	1.580.075,57 €	1.188.740,00 €	1.448.398,73 €	259.658,73 €
6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	11.160.591,32 €	13.033.841,00 €	13.056.009,10 €	22.168,10 €
7. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	7.446,82 €	16.000,00 €	8.740,88 €	-7.259,12 €
8. aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	114.458,13 €	188.000,00 €	108.219,38 €	-79.780,62 €
9. sonstige ordentliche Erträge	2.399.180,49 €	2.119.938,00 €	1.782.999,29 €	-336.938,71 €
10. = Summe der ordentlichen Erträge	143.638.980,46 €	147.088.506,00 €	150.435.106,76 €	3.346.600,76 €
ordentliche Aufwendungen				
11. Personalaufwendungen	32.294.989,01 €	33.514.477,00 €	33.422.001,27 €	-92.475,73 €
12. Versorgungsaufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
13. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	10.761.758,23 €	12.810.156,00 €	10.870.727,92 €	-1.939.428,08 €
14. planmäßige Abschreibungen	6.607.591,54 €	6.170.269,00 €	7.305.400,83 €	1.135.131,83 €
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	590.515,91 €	834.600,00 €	525.543,76 €	-309.056,24 €
16. Transferaufwendungen	65.610.408,59 €	69.830.695,00 €	70.686.967,12 €	856.272,12 €
17. sonstige ordentliche Aufwendungen	25.033.125,37 €	23.415.837,00 €	24.385.858,09 €	970.021,09 €
18. = Summe der ordentlichen Aufwendungen	140.898.388,65 €	146.576.034,00 €	147.196.498,99 €	620.464,99 €
19. ordentliches Ergebnis Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	2.740.591,81 €	512.472,00 €	3.238.607,77 €	2.726.135,77 €
20. Fehlbetragsabdeckung aus Vorjahren	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
21. Ordentliches Ergebnis einschl. Fehlbetragsabdeckung	2.740.591,81 €	512.472,00 €	3.238.607,77 €	2.726.135,77 €
22. außerordentliche Erträge	235.927,18 €	383.413,00 €	989.654,36 €	606.241,36 €
23. außerordentliche Aufwendungen	1.373.684,73 €	255.505,00 €	507.119,83 €	251.614,83 €
24. Sonderergebnis	-1.137.757,55 €	127.908,00 €	482.534,53 €	354.626,53 €
25. Gesamtergebnis Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	1.602.834,26 €	640.380,00 €	3.721.142,30 €	3.080.762,30 €

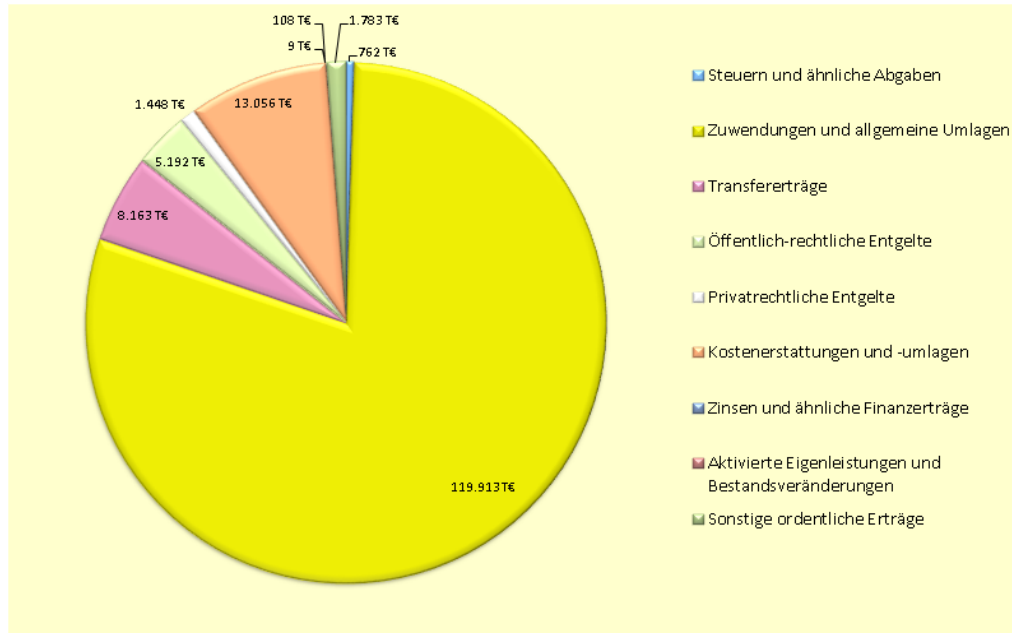
Tabelle 4: Ergebnisrechnung



Die Abweichungen sind unter Ziffer 6.4 des Jahresabschlusses 2014 dargestellt und ausführlich erläutert.

5.1.1 Ordentliche Erträge

Die ordentlichen Erträge des Jahres 2014 stellen sich wie folgt dar:



Ansicht 1: Ordentliche Erträge 2014

Die 2013 existierenden Rückstände bei der Forderungseinbuchung wurden im Zuge der Umstellung des Buchführungssystems von WAUS auf SoJuHKR im Mai 2014 bereinigt.

Die Rückzahlung zu viel eingegangener Erträge und Einzahlungen erfolgte zutreffend bei den entsprechenden Buchungsstellen.

5.1.1.1 Steuern und ähnliche Abgaben

Die Finanzvorfälle wurden entsprechend dem verbindlichen Kontenrahmen, Kontengruppe 30 erfasst

5.1.1.2 Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen und aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge

Die erhaltenen Zuwendungen für die laufende Verwaltungstätigkeit wurden zutreffend als Ertrag gebucht.

Die **Kreisumlage** wurde auf der Grundlage der Hebesätze erhoben und dementsprechend als Ertrag gebucht. Der Kreisumlagehebesatz lag 2014 bei 33,0 % (Vorjahr 33,5%) der Steuerkraftsummen der kreisangehörigen Gemeinden.

Kreisumlage und Aufkommen 2014 Vergleich landesweit

Nr.	Landkreis/Reg.bezirk	Hebesatz Kreis- umlage	EUR Aufkommen	EUR Einwohner
1	Böblingen	39,00	196.113.275	528,14
2	Hohenlohekreis	34,50	48.554.655	447,23
3	Tuttlingen	35,10	58.871.695	440,48
4	Esslingen	35,50	223.552.678	434,62
5	Rems-Murr-Kreis	36,09	175.798.732	425,54
6	Göppingen	37,00	105.583.969	422,06
7	Reutlingen	32,75	110.379.121	396,82
8	Ostalbkreis	34,00	121.425.418	393,55
9	Freudenstadt	34,50	45.668.999	391,06
10	Heilbronn	29,00	127.915.684	390,58
11	Ludwigsburg	32,00	201.421.979	386,54
12	Sigmaringen	36,50	49.401.572	384,24
13	Rhein-Neckar-Kreis	30,00	204.582.770	382,83
14	Biberach	29,00	71.441.810	377,81
15	Tübingen	32,13	82.448.001	376,52
16	Schwäbisch Hall	34,50	70.449.898	373,99
17	Schwarzwald-Baar-Kreis	31,30	76.620.040	372,54
18	Konstanz	32,50	102.548.043	370,66
19	Lörrach	32,00	82.278.119	369,69
20	Enzkreis	32,60	71.394.521	369,34
21	Heidenheim	35,50	46.874.489	362,68
22	Neckar-Odenwald-Kreis	35,00	52.091.705	362,04
23	Rastatt	31,00	81.108.972	360,14
24	Ravensburg	33,50	98.830.075	357,28
25	Calw	33,00	54.635.007	354,99
26	Main-Tauber-Kreis	33,00	45.827.265	348,88
27	Bodenseekreis	30,50	70.494.859	336,55
28	Rottweil	28,00	45.984.082	335,63
29	Waldshut	32,40	55.338.940	334,99
30	Breisgau-Hochschwarzwald	32,98	83.918.571	332,19
31	Ortenaukreis	30,00	134.981.322	324,85
32	Emmendingen	31,00	51.304.590	323,84
33	Zollernalbkreis	28,75	59.610.452	320,36
34	Karlsruhe	27,50	135.435.924	313,95
35	Alb-Donau-Kreis	27,50	54.795.438	290,17
	Mittelwert:	32,56		374,08

Der **Landkreis Calw** lag damit 2014 beim **Pro-Kopf-Aufkommen an 25. Stelle von 35 Landkreisen**. Von der landesweit durchschnittlich pro Kopf erhobenen Kreisumlage (374,08 EUR) lag man ca. -19 EUR entfernt (354,99 EUR).



5.1.1.3 Auflösungserträge aus Sonderposten

Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten wurden zutreffend gebucht.

5.1.1.4 Öffentlich-rechtliche Entgelte

Die von der Einrichtung erhobenen öffentlich-rechtlichen Entgelte wurden zutreffend erfasst und in der Ergebnisrechnung ausgewiesen.

5.1.1.5 Privatrechtliche Leistungsentgelte

Die im Haushaltsjahr entstandenen Erträge aus privatrechtlichen Entgelten wurden zutreffend erfasst und in der Ergebnisrechnung ausgewiesen.

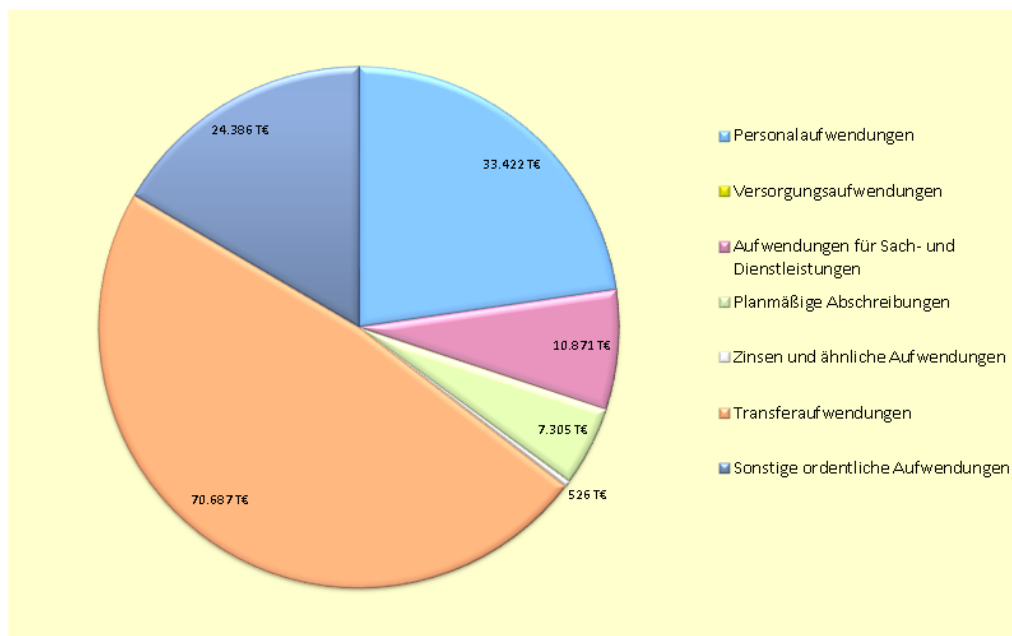
5.1.1.6 Aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen

Aktivierte Eigenleistungen sind eine Gegenposition zu Aufwendungen der Kommune zur Erstellung von Anlagevermögen. Sie dienen somit zum Ausgleich dieser Aufwendungen, die die Kommune für sich selber erbracht hat. Damit wird eine Verminderung des Jahresergebnisses durch solche Tätigkeiten vermieden.

Der Landkreis hat die eigene Aufgabenerledigung für selbst hergestellte Vermögensgegenstände mit 108.219,38 EUR in der Ergebnisrechnung ausgewiesen. Die Werte sind zutreffend dargestellt.

5.1.2 Ordentliche Aufwendungen

Die ordentlichen Aufwendungen des Jahres 2014 stellen sich wie folgt dar:



Ansicht 2: Ordentliche Aufwendungen 2014

5.1.2.1 Personalaufwendungen

5.1.2.1.1 Stellenplan

Die Entwicklung der Stellen ist in folgender Tabelle dargestellt:

Stellenplanentwicklung				
Haushaltsjahr	2013 (nachrichtlich)	2014	2015 (nachrichtlich)	
Planstellen Beamte	185	190	192	
davon Teilstellen	35	32	29	
Bedienstete mit Vertrag (TVöD)	432	442	444	
davon Teilstellen	136	146	152	
Leerstellen	33	38	40	
Summe Gesamtzahl Planst./St.	584	594	596	
davon Teilzeit	171	178	181	
Veränderung gegenüber Vorjahr	-11	10	2	

Tabelle 5: Stellenplanentwicklung

2012 wurden erstmals für alle Beurlaubten Leerstellen (39 Leerstellen) ausgewiesen. 2013 waren es 33 Leerstellen. 2014: 38 Leerstellen. (Ansatz 2015: 40 Leerstellen)

Es erfolgte keine explizite Ausweisung von Stellen für Beamte auf Probe. Diese wurden auf den jeweiligen Stellen im Stellenplan geführt.

5.1.2.1.2 Personalaufwand

Die Altersteilzeitrückstellungen sind unter Anlage 8.2 -Ziff. 3.1- zum Jahresabschluss 2014 hinsichtlich Begründung und Berechnung ausführlich erläutert. Die Rückstellung hat sich gegenüber dem Vorjahresabschluss weiter um 219.300,95 EUR auf nunmehr 109.692,00 EUR verringert.

Als Personalaufwendungen sind alle Aufwendungen zu erfassen, die für die unmittelbare Beschäftigung der aktiven Beamten und Beschäftigten in der Verwaltung entstehen. Also Bezüge und Entgelte, aber auch Sach- und Sonderzuwendungen, die Aufwendungen für die soziale Sicherung der Beschäftigten und Rückstellungen. Grundsätzlich werden die Beträge brutto erfasst.

Es waren ausschließlich Personalaufwendungen erfasst, die nach dem verbindlichen Kontenrahmen keiner anderen Position zuzuordnen waren. Lohn-/Gehaltsabzüge erfolgten ausschließlich auf der Grundlage von rechtlichen Vorgaben / Vereinbarungen.

5.1.2.2 Versorgungsaufwendungen

Es sind alle Aufwendungen für aus dem Dienst ausgeschiedene Bedienstete (Versorgungsempfänger) zu erfassen – soweit dafür keine oder keine ausreichenden Rückstellungen in der Vergangenheit gebildet worden sind. Außerdem sind evtl. Sachaufwendungen für Pensionäre oder ehemals Beschäftigte und Zuführung zu Pensionsrückstellungen in Betracht zu ziehen.

Die Aufwendungen für Versorgung wurden zutreffend auf den vorgeschriebenen Kontenarten erfasst.

5.1.2.3 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Es handelt sich bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um Aufwendungen, die mit Ressourcenverbrauch einhergehen.

Der Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit wurde in der Regel beachtet.

Bei den Sach- und Dienstleistungen ist zwischen dem aktivierungspflichtigen Herstellungsaufwand und dem erfolgswirksamen Erhaltungsaufwand zu

unterscheiden. Der erfolgswirksame Erhaltungsaufwand hat hierbei eine direkte Wirkung auf das kommunale Eigenkapital.

Diese Abgrenzung wurde im Landkreis Calw – soweit geprüft - getroffen.

5.1.2.4 Planmäßige Abschreibungen

Die Abschreibungen im Berichtsjahr entsprechen den Werten aus der Anlagenbuchhaltung. Die Abschreibungssätze sind nicht nach § 46 GemHVO gebildet worden und entsprechen somit nicht dem Ausführungserlass. Ausnahmen hiervon sind begründet und schriftlich im Anhang dokumentiert.

Bei den **Straßen** wurde aufgrund der vorhandenen Nutzungsintensität die auf Erfahrungswerten basierende **längere betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer berücksichtigt, was zu im Durchschnitt niedrigeren Abschreibungen** führt.

5.1.2.5 Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Unter der Position Zinsen und ähnliche Aufwendungen sind Zinsaufwendungen für die in der Bilanz erfassten Geldschulden und auf Grund von kreditähnlichen Geschäften zu zahlende Zinsen zu erfassen.

Finanzaufwendungen fielen in Höhe von 525.543,76 EUR an.

5.1.2.6 Transferaufwendungen

Transferaufwendungen sind Leistungen an Dritte ohne Gegenleistungsverpflichtung. Der größte Anteil entfällt dabei auf soziale Leistungen. Die Transferaufwendungen betrugen im Landkreis Calw 2014 70.686.967,12 EUR

5.1.2.7 Sonstige ordentliche Aufwendungen

Bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen handelt es sich z. B. um Geschäftsaufwendungen, Steuern, Versicherungen oder auch Wertveränderungen des Vermögens.

Bei der stichprobenmäßigen Prüfung einzelner Positionen der Geschäftsaufwendungen ergaben sich keine Anhaltspunkte für Unregelmäßigkeiten.

Die Aufwendungen für Versicherungen bewegten sich in einem für Kommunen notwendigen und üblichen Rahmen.

Bei den ausgewiesenen Steuern handelt es sich ausschließlich um solche, für die der Landkreis Steuerschuldner ist.

Die eingetretenen Wertveränderungen sind zutreffend ausgewiesen.

5.1.3 Außerordentliche Erträge

Siehe Erläuterungen zur Ergebnisrechnung Anlage 6.4 zum Jahresabschluss Ziff. 22.

Bei den außerordentlichen Erträgen entfallen 245 TEUR auf die Schlussabrechnung (Zuschuss) der Enztalbahn. Schadenersatzleistungen erhielt der Landkreis in Höhe von 253 TEUR (davon 58 TEUR für Schäden an Straßen). Ca. 331 TEUR entfielen auf Umbuchungen aufgrund der Bruttodarstellung der Versorgungslastenaufteilung (siehe auch außergewöhnliche Aufwendungen).

5.1.4 Außerordentliche Aufwendungen

Die außerordentlichen Aufwendungen sind in den Erläuterungen zur Ergebnisrechnung Anlage 6.4 zum Jahresabschluss Ziff. 23 dargestellt.

Von den hier verbuchten 507 TEUR entfallen mehr als die Hälfte (283 TEUR) auf Umbuchungen wegen der Bruttodarstellung von Versorgungsaufwendungen. Aufwendungen für Schadenersätze an Straßen fielen mit 67 TEUR an.

5.1.5 Sonderergebnis

Als Saldo der außerordentlichen Erträge sowie der außerordentlichen Aufwendungen ergibt sich ein Sonderergebnis von 482.534,53 EUR.

5.1.6 Jahresergebnis

Der Saldo aus dem ordentlichen Ergebnis (3.238.607,77 EUR) und dem außerordentlichen Ergebnis (482.534,53 EUR) wird mit 3.721.142,30 EUR als Jahresergebnis ausgewiesen.

5.2 Teilergebnisrechnungen

Die produktorientierten Teilergebnisrechnungen sind als Bestandteil des Jahresabschlusses in die Prüfung einbezogen worden.

Die Teilergebnisrechnungen entsprachen dabei der in § 49 Abs. 2 GemHVO vorgeschriebenen Staffelform. Die Gliederung erfolgte gemäß § 2 GemHVO.

Die durchgeführte Plausibilitätsprüfung ergab, dass die Summe aller Teilergebnisrechnungen (ohne interne Leistungsbeziehungen) mit den Werten der Ergebnisrechnung übereinstimmt. Interne Leistungsbeziehungen zwischen den Teilergebnishaushalten wurden angemessen veranschlagt und verrechnet.

5.3 Finanzrechnung

In folgender Übersicht ist die Finanzrechnung dargestellt:

Finanzrechnung				
Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis Vorjahr	Ansätze Haushaltsjahr	Ergebnis Haushaltsjahr	Plan-Ist-Vergleich
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit				
1. Steuern und ähnliche Abgaben	848.048,44 €	550.000,00 €	762.498,90 €	212.498,90 €
2. Zuweisungen und Zuwendungen und allgemeine Umlagen	111.336.115,36 €	116.130.306,00 €	117.267.004,97 €	1.136.698,97 €
3. sonstige Transfereinzahlungen	7.485.667,85 €	6.633.962,00 €	7.947.859,93 €	1.313.897,93 €
4. öffentlich-rechtliche Entgelte	5.244.261,54 €	4.861.700,00 €	5.268.536,60 €	406.836,60 €
5. privatrechtliche Leistungsentgelte	1.960.265,72 €	1.250.740,00 €	1.630.253,57 €	379.513,57 €
6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	10.367.717,91 €	13.033.841,00 €	13.231.057,95 €	197.216,95 €
7. Zinsen und ähnliche Einzahlungen	180.944,82 €	371.773,00 €	765.948,05 €	394.175,05 €
8. sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	1.801.611,44 €	1.883.800,00 €	1.479.703,82 €	-404.096,18 €
9. Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	139.224.633,08 €	144.716.122,00 €	148.352.863,79 €	3.636.741,79 €
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit				
10. Personalauszahlungen	32.288.703,81 €	33.497.640,00 €	33.404.993,66 €	-92.646,34 €
11. Versorgungsauszahlungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
12. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	10.999.733,48 €	12.810.156,00 €	10.860.969,37 €	-1.949.186,63 €
13. Zinsen und ähnliche Auszahlungen	833.747,66 €	1.105.665,00 €	1.030.692,67 €	-74.972,33 €
14. Transferauszahlungen (ohne Investitionszuschüsse)	65.500.446,87 €	69.830.695,00 €	71.122.090,05 €	1.291.395,05 €
15. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	24.873.578,33 €	23.475.837,00 €	24.561.971,33 €	1.086.134,33 €
16. Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	134.496.210,15 €	140.719.993,00 €	140.980.717,08 €	260.724,08 €
17. Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf der Ergebnisrechnung	4.728.422,93 €	3.996.129,00 €	7.372.146,71 €	3.376.017,71 €
Einzahlungen für Investitionstätigkeit				
18. Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	702.277,77 €	1.292.500,00 €	3.240.491,13 €	1.947.991,13 €
19. Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit	0,00 €	0,00 €	68.500,00 €	68.500,00 €
20. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	59.003,16 €	40.000,00 €	58.915,60 €	18.915,60 €
21. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €

Finanzrechnung				
Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis Vorjahr	Ansätze Haushaltsjahr	Ergebnis Haushaltsjahr	Plan-Ist-Vergleich
22. Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	49.959,49 €	0,00 €	7.944,45 €	7.944,45 €
23. Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	811.240,42 €	1.332.500,00 €	3.375.851,18 €	2.043.351,18 €
Auszahlungen für Investitionstätigkeit				
24. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	943.982,04 €	114.000,00 €	1.218.230,85 €	1.104.230,85 €
25. Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.445.345,69 €	4.364.000,00 €	3.427.070,14 €	-936.929,86 €
26. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	1.883.855,16 €	2.216.800,00 €	1.512.292,72 €	-704.507,28 €
27. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	12.500,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
28. Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	377.940,90 €	340.000,00 €	1.242.813,04 €	902.813,04 €
29. Auszahlungen für sonstige Investitionen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
30. Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	4.663.623,79 €	7.034.800,00 €	7.400.406,75 €	365.606,75 €
31. Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	-3.852.383,37 €	-5.702.300,00 €	-4.024.555,57 €	1.677.744,43 €
32. Finanzierungsmittelüberschuss/-Fehlbetrag	876.039,56 €	-1.706.171,00 €	3.347.591,14 €	5.053.762,14 €
Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
33. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	2.280.000,00 €	4.200.000,00 €	2.000.000,00 €	-2.200.000,00 €
34. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	2.280.389,40 €	2.408.324,00 €	2.467.324,42 €	59.000,42 €
35. Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit	-389,40 €	1.791.676,00 €	-467.324,42 €	-2.259.000,42 €
Finanzmittelbestand				
36. Änderung des Finanzierungsmittelbestands zum Ende des Haushaltsjahres	875.650,16 €	85.505,00 €	2.880.266,72 €	2.794.761,72 €
37. haushaltsunwirksame Einzahlungen (u.a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)	104.970.095,52 €	0,00 €	102.006.199,95 €	102.006.199,95 €
38. haushaltsunwirksame Auszahlungen (u.a. Geldanlagen,	104.991.727,99 €	0,00 €	100.844.292,48 €	100.844.292,48 €

Finanzrechnung				
Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis Vorjahr	Ansätze Haushaltsjahr	Ergebnis Haushaltsjahr	Plan-Ist-Vergleich
Liquiditätskredite)				
39. Überschuss/Bedarf aus haushaltsunwirksamen Einzahlungen und Auszahlungen	-21.632,47 €	0,00 €	1.161.907,47 €	1.161.907,47 €
40. Anfangsbestand an Zahlungsmitteln zu Beginn des Jahres	2.113.998,31 €	0,00 €	2.968.016,00 €	2.968.016,00 €
41. +/- Veränderung des Bestands an Zahlungsmitteln	854.017,69 €	85.505,00 €	4.042.174,19 €	3.956.669,19 €
42. Endbestand an Zahlungsmitteln (Liquide Mittel am Ende des Jahres)	2.968.016,00 €	85.505,00 €	7.010.190,19 €	6.924.685,19 €

Tabelle 6: Finanzrechnung

Die Abweichungen > 50.000 EUR in der Ergebnisrechnung sind in Anlage 6.4 zum Jahresabschluss 2014 dargestellt. Die Erläuterungen zu den Investitionen siehe Anlage 6.5 zum Jahresabschluss 2014.

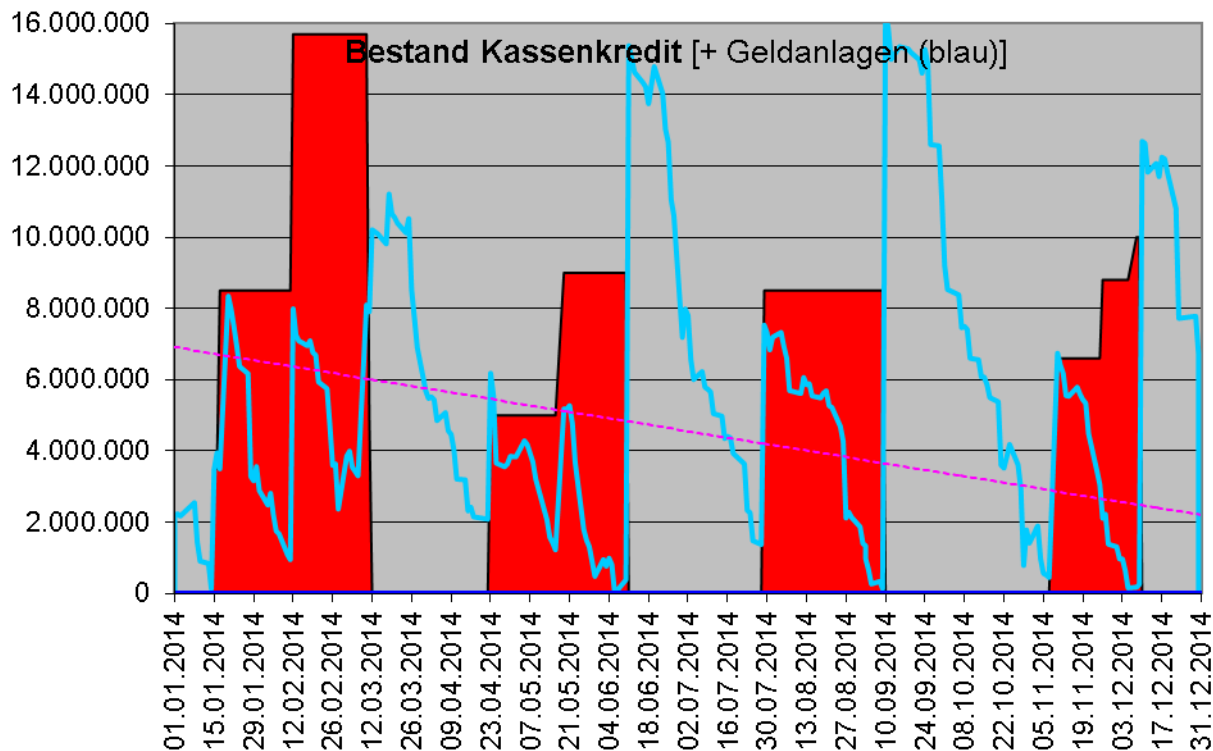
Die **Gesamtfinanzzrechnung differiert um 6.087,29 EUR mit den in der Bilanz ausgewiesenen liquiden Mitteln.** (Erläuterung siehe dort).

Der Bestand an Zahlungsmitteln in der Bilanz ist richtig ausgewiesen. Er stimmt mit den Kontenständen überein.

Nach dem Bilanzierungsleitfaden sind Handvorschüsse bei den liquiden Mitteln aufzuführen. Bislang sind die Handvorschüsse bei den Forderungen eingestellt, da sie als Forderungen gegenüber den Empfängern betrachtet werden. Diese Verbuchung entspricht nicht der im Bilanzierungsleitfaden empfohlenen Vorgehensweise. Allerdings hatte sich bei dem Versuch, die Handvorschüsse zu den liquiden Mitteln umzugliedern eine Differenz zwischen Finanzrechnung und dem Stand der liquiden Mittel um eben diesen Betrag ergeben, so dass die derzeit gewählte **Zuordnung der Handvorschüsse zu den Forderungen bis zur Lösung des technischen Problems toleriert** wird.



Kassenkreditverlauf im Haushaltsjahr 2014



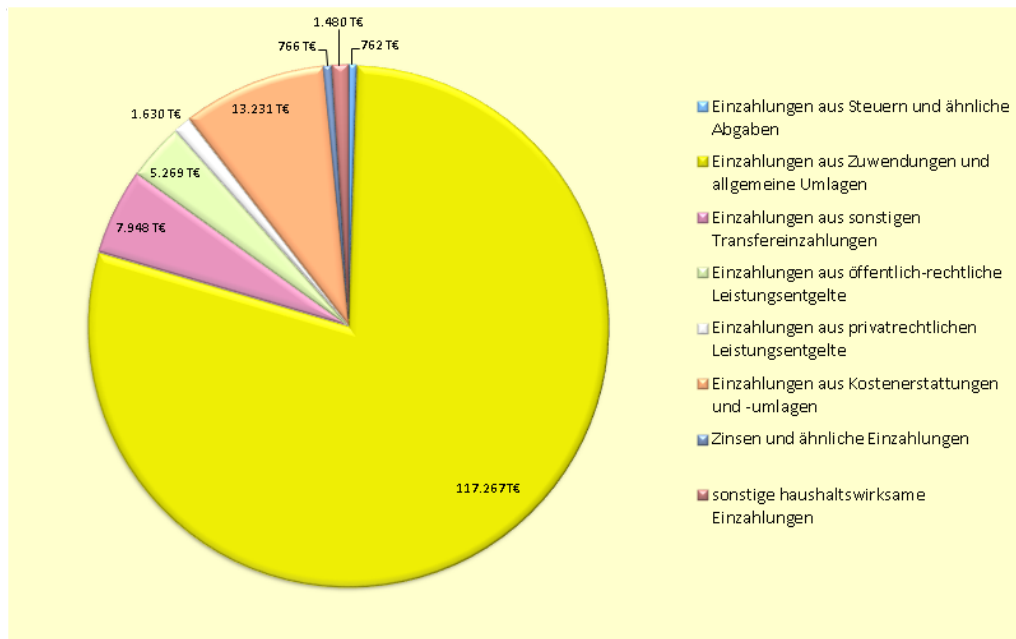
Das **Regierungspräsidium Karlsruhe** hat im Rahmen der **Genehmigung des Haushalts 2014** im Haushaltserlass vom 24.04.2014 folgenden ausdrücklichen **Hinweis** erteilt:

„Im Hinblick auf den Haushaltsgrundsatz einer gesicherten stetigen Aufgabenerfüllung (§ 48 LKrO i.V.m. § 77 Abs. 1 GemO) ist darauf hinzuwirken, dass der Zahlungsmittelbestand so erhöht wird, dass die Liquidität gesichert ist und eine dauerhafte Aufnahme von Kassenkrediten nicht notwendig ist.“

Die **Liquiditätslage** hat sich im Vergleich zum Vorjahr **leicht gebessert**. Aus dem obigen Schaubild sind die Zeiträume, in denen keine Kassenkredite benötigt wurden daran zu erkennen, dass in diesen Zeiträumen keine rote Fläche abgebildet ist. Die kassenkreditfreie Zeit fällt i.d.R mit der Auszahlung der Finanzausgleichsleistungen zur Mitte des letzten Quartalsmonats zusammen. Zwischenzeitlich können dadurch die liquiden Mittel jeweils zwischen ein und zwei Monaten reichen. Insgesamt musste der Kreis an **173 Tagen Kassenkredite** in Anspruch nehmen. Die Liquidität des Kreises ist deshalb trotz der deutlichen Verbesserung gegenüber den Vorjahren noch **verbesserungswürdig**.

5.3.1 Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

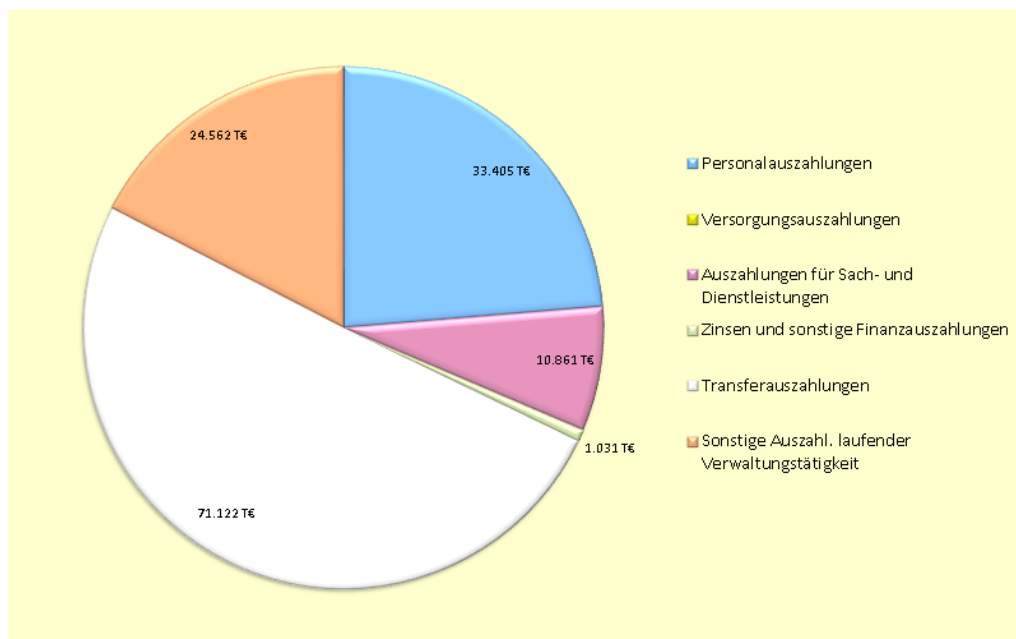
Die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 2014 zeigen folgende Verteilung:



Ansicht 3: Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 2014

5.3.2 Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

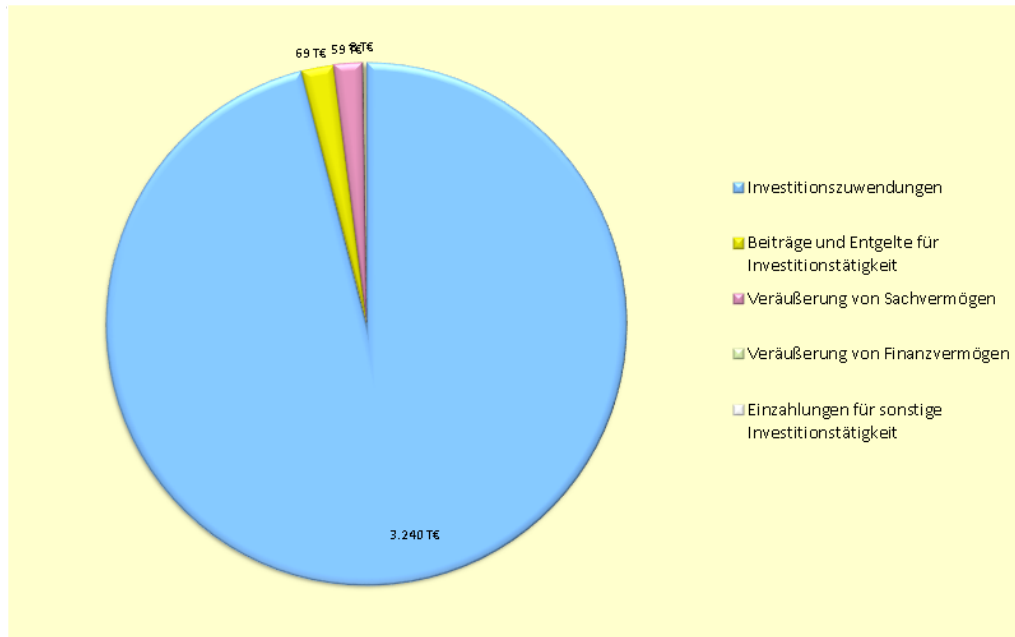
Die Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 2014 zeigen folgende Verteilung:



Ansicht 4: Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 2014

5.3.3 Einzahlungen für Investitionstätigkeit

Die Einzahlungen für Investitionstätigkeit 2014 verteilen sich wie folgt:



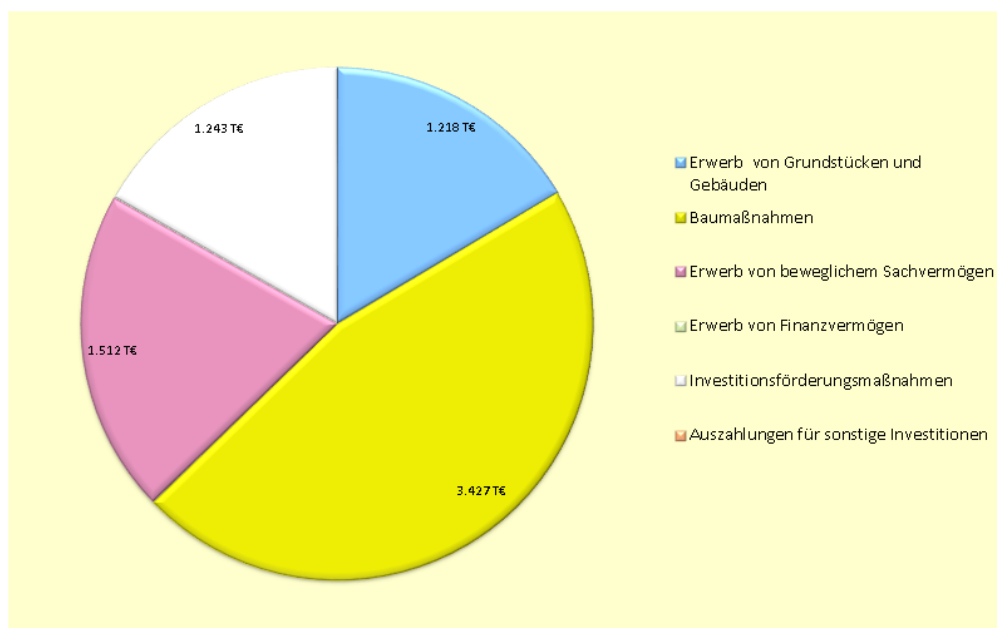
Ansicht 5: Einzahlungen für Investitionstätigkeit 2014

5.3.4 Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit

Der Zahlungsmittelsaldo (Cash Flow) aus laufender Verwaltungstätigkeit beträgt zum Ende des Jahres 7.372.146,71 EUR. Der Saldo wird damit korrekt ausgewiesen. Damit stehen in diesem Umfang Eigenmittel zur Finanzierung von Investitionen, zur Schuldentilgung oder zur Verstärkung der Liquiditätsreserven zur Verfügung.

5.3.5 Auszahlungen für Investitionstätigkeit

Die Auszahlungen für Investitionstätigkeit 2014 verteilen sich wie folgt:



Ansicht 6: Auszahlungen für Investitionstätigkeit 2014

Die ausgewiesenen Investitionsauszahlungen (einschließlich der aktivierten Eigenleistungen) wurden mit den Zugängen in der Bilanz abgestimmt. Differenzen ergaben sich nicht.

5.3.6 Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit

5.3.6.1 Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen

Es handelt sich bei den Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit um die Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit. Sie waren 2014 mit 2.000.000,00 EUR ausgewiesen.

5.3.6.2 Auszahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen

Es handelt sich bei den Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit um die Tilgung von Krediten und die Rückzahlungen innerer Darlehen für Investitionstätigkeit. Sie waren 2014 mit 2.467.324,42 EUR ausgewiesen.

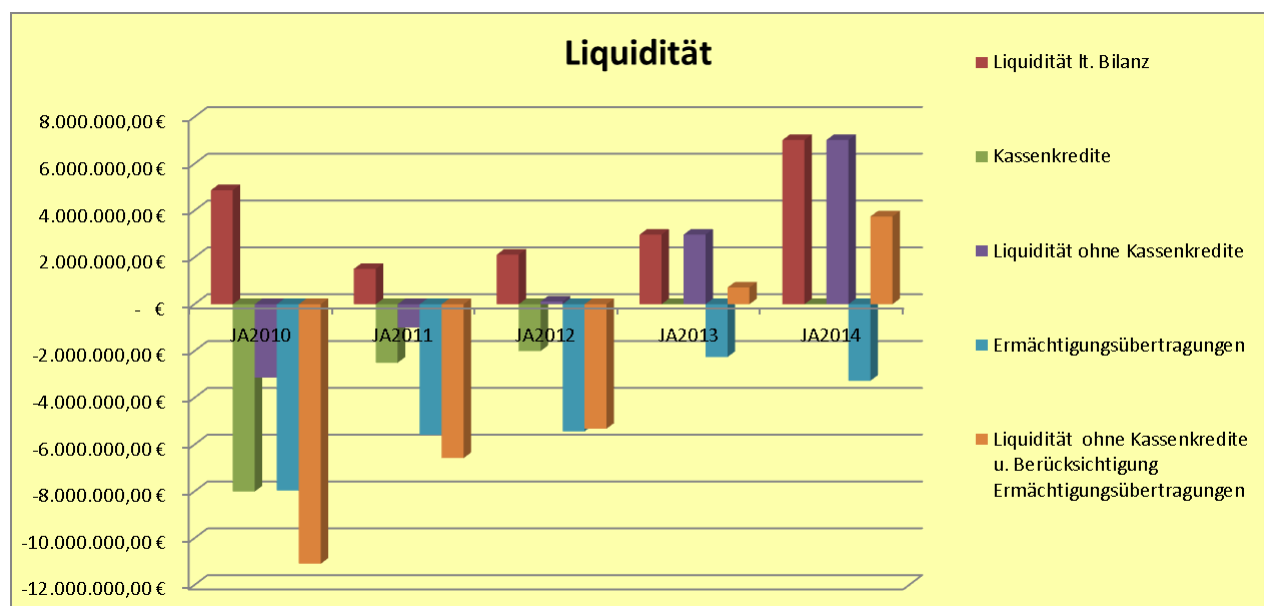
5.3.6.3 Saldo aus Finanzierungstätigkeit

Die Zahlungsströme im Bereich der Finanzierungstätigkeit führen zu einem Zahlungsmittelsaldo zum 31.12.2014 in Höhe von -467.324,42 EUR. Dieser Saldo stellt insoweit eine Verschuldungsanalyse dar.

Der negative Saldo zeigt hierbei einen höheren Tilgungsbeitrag gegenüber einer geringeren Neuverschuldung. Der Landkreis zahlt mehr Schulden zurück, als neu aufgenommen werden.

5.3.7 Endbestand an Zahlungsmitteln (Liquide Mittel am Ende des Jahres)

Die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes zum 31.12.2014 gibt Aufschluss darüber, ob die Liquidität und die Investitionsfinanzierung gesichert waren.



Der Saldo der Finanzrechnung als vollständige Abbildung aller Ein- und Auszahlungen wird buchhalterisch in der Bilanz über die Bilanzposition „Liquide Mittel“ abgeschlossen. Der in der Finanzrechnung ausgewiesene Endbestand an Zahlungsmitteln stimmt mit der Bilanzposition „Liquide Mittel“ des Haushaltsjahres nicht überein. Die Gesamtf finanzrechnung differiert um 6.087,29 EUR mit den in der Bilanz ausgewiesenen liquiden Mitteln. (Erläuterung siehe dort). Sie hängt (wie bereits im Vorjahr) mit einer Umgliederung von negativen Buchungspositionen über den Jahreswechsel zusammen.

Nach dem Bilanzierungsleitfaden sind Handvorschüsse bei den liquiden Mitteln aufzuführen. Bislang sind die Handvorschüsse bei den Forderungen eingestellt, da sie als Forderungen gegenüber den Empfängern betrachtet werden. Diese Verbuchung entspricht nicht der im Bilanzierungsleitfaden empfohlenen Vorgehensweise. Allerdings hatte sich bei dem Versuch, die Handvorschüsse zu den liquiden Mitteln umzugliedern eine Differenz zwischen Finanzrechnung und dem Stand der liquiden Mittel um eben diesen Betrag ergeben, so dass die derzeit gewählte **Zuordnung der Handvorschüsse zu den Forderungen bis zur Lösung des technischen Problems toleriert** wird.

5.4 Teilfinanzrechnung

Die Produkt(bereich)orientierten Teilfinanzrechnungen sind als Bestandteil des Jahresabschlusses in diese Prüfung einbezogen worden. Die Teilfinanzrechnungen entsprachen der in § 49 Abs. 2 GemHVO vorgeschriebenen Staffelform, die Gliederung entsprach den gesetzlichen Bestimmungen.

Die dargestellten Investitionen wurden den entsprechenden Produkten zutreffend zugeordnet.

5.5 Bilanz

Die unter Einbeziehung des Jahresergebnisses ausgeglichene Bilanzsumme beträgt 158.571.436,27 EUR (Jahresabschlusswert 2013: 151.741.718,57 EUR).

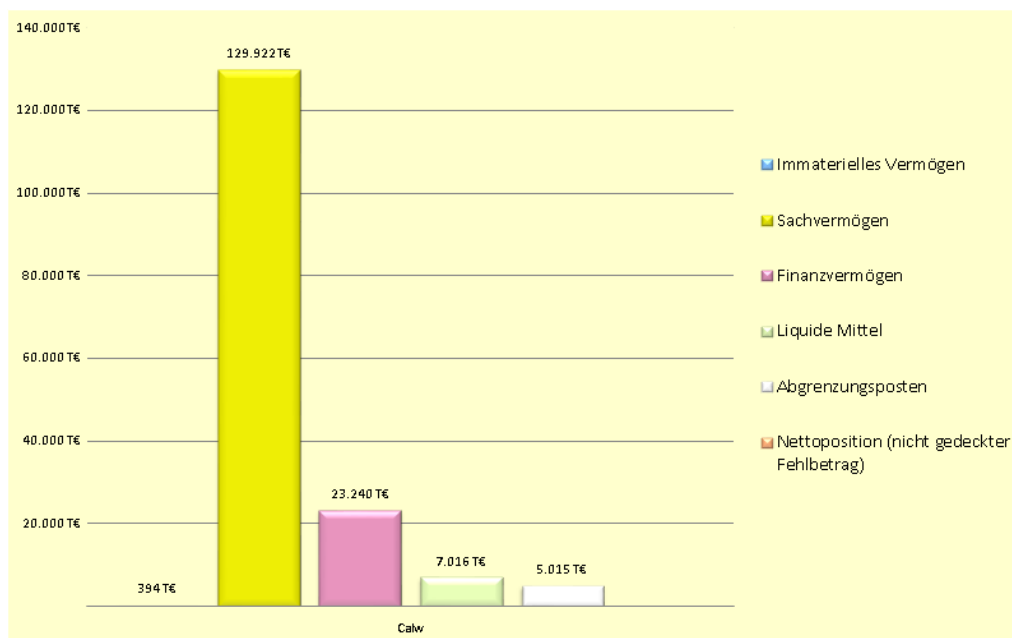


5.5.1 Aktiva

In der folgenden Übersicht sind die einzelnen Posten der Aktivseite zusammengefasst.

Aktiva			
	Jahresabschluss - Vorjahr 31.12.2013	31.12.2014	Veränderung in %
Immaterielles Vermögen	365.026,13 €	394.409,96 €	8,0 %
Sachvermögen	129.845.139,01 €	129.921.931,33 €	0,1 %
Finanzvermögen	16.032.962,29 €	23.240.104,82 €	45,0 %
Davon: Liquide Mittel	2.969.886,68 €	7.016.277,48 €	136,2 %
Abgrenzungsposten	5.498.591,14 €	5.014.990,16 €	-8,8 %
Nettoposition (nicht gedeckter Fehlbetrag)	0,00 €	0,00 €	-
Gesamt	151.741.718,57 €	158.571.436,27 €	4,5 %

Tabelle 7: Aktiva



Ansicht 7: Aktiva 2014

Das Gesamtvermögen¹ erhöhte sich um 6.829.717,70 EUR.

Die größten Veränderungen ergaben sich bei den Anlagen im Bau (insg. 6.882.690,18 TEUR) - siehe Anlage 8 Ziffer 1.2.9 zum JA 2014. In dieser Position sind im Wesentlichen enthalten:

- Kreisberufsschulzentrum Nagold Aufstockung 2. BA 702.695,04 EUR
- K 4334 Überberg - Ettmannsweiler, 2.BA 1.474.257,09 EUR
- Hermann-Hesse-Bahn (S-Bahn-Projekt BgA) 1.566.366,65 EUR
- Fahrbahnteiler am Ortseingang Ebershardt (K4337) 70.582,42 EUR
- Neubau Gemeinschaftsunterkunft Calw-Wimberg 155.928,40 EUR

¹ Darin ist ggf. die Nettoposition mit einem Jahresfehlbetrag als Gegenbuchung zur Passivseite enthalten.

Bei der **Prüfung im Jahr 2013** hatte die GPA u. a. auch festgestellt, dass die bei den **Kreisberufsschulzentren Calw und Nagold** vorhandenen **Schulhöfe und Parkplätze noch nicht bei den Vermögensanlagen als Plätze (Anlagenklasse 2180) erfasst sind. Dies wurde inzwischen erledigt.**

Die immateriellen Vermögensgegenstände, die Sach- und Finanzanlagen wurden zu Anschaffungs- und Herstellungswerten bewertet. Die fortgeführten Buchwerte stimmten mit der ausgedruckten Vermögensübersicht in der Gesamtsumme überein. Der Bestand der Forderungen zum Jahresende mit der Veränderung gegenüber dem Vorjahr kann der Aufstellung des Kapitels „Anhang - Forderungsübersicht“ entnommen werden. Das Anlagevermögen des Landkreises wird in der Vermögensübersicht zum Beginn und zum Ende des Haushaltsjahres 2014 korrekt ausgewiesen.

5.5.1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

Es waren nachvollziehbare Unterlagen (wie Verträge, Urkunden, Belege oder andere) über den entgeltlichen Erwerb von immateriellen Werten vorhanden. Sie wurden ordnungsgemäß verwaltet.

Das immaterielle Vermögen stieg. Den Zugängen von 109.107,55 EUR standen Abgänge über 85.263,17 EUR gegenüber.

Die Position setzt sich aus den Werten für Lizenzen, Software und ähnlichen Rechten zusammen. Die Zunahme um 29.383,83 EUR basiert auf Zugängen von 109.107,55 EUR sowie Zugängen aufgrund von Umbuchungen (ohne Geldfluss) in Höhe von 5.539,45 EUR.

Bei den Abgängen handelt es sich um Abschreibungen in Höhe von 85.263,17 EUR

5.5.1.2 Sachvermögen

Die Sachanlagen und sonstigen Anlagen waren in einer eigenständigen Anwendung erfasst. Der Landkreis nutzte dafür SAP.

Die Erfassung und Bewertung des Sachvermögens ist nachvollziehbar erfolgt.

Das in der Bilanz ausgewiesene Sachvermögen wird durch Sachkonten/Konten der Anlagenbuchhaltung korrekt nachgewiesen und ist in der Vermögensübersicht zutreffend dokumentiert.

Die Abschreibung, die Bemessungsgrundlage und die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer wurden entsprechend der verbindlichen Abschreibungstabellen angesetzt.

Soweit die Nutzung der Sachanlagen zeitlich begrenzt ist, wurde der Wert i.d.R. entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer um planmäßige Abschreibungen vermindert (abweichend: Straßen siehe Ziff. 5.1.2.4). Es wurde die lineare Abschreibungsmethode gewählt.

Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Jahr ihrer Anschaffung voll abgeschrieben (§ 46 Absatz 2 GemHVO wurde beachtet).

Die Vorräte haben sich gegenüber dem Vorjahr unwesentlich verändert.

Der Wert der unter Bilanzposition 1.2.8 bilanzierten Vorräte (95.760,81 EUR) setzt sich zusammen aus:

Ersatzteile Zentralwerkstatt:	67.789,86 EUR
Dieselvorrat Straßenmeisterei:	20.082,45 EUR
Büromaterial (Druckerpapier, Umschläge...)	7.238,50 EUR
Porto (Frankiermaschine)	650,00 EUR

Die Kontierung sollte hier auf Betriebsstoffe (Kontenart 083) geändert werden.

Den Zugängen von Sachvermögen von 6.452.565,37 EUR standen Abgänge von 6.373.416,26 EUR gegenüber. Die wesentlichen Zugänge sind aus den Erläuterungen zur Vermögensrechnung (Bilanz) Ziffer 8.1 Nr. 1.2 ersichtlich.

Bei den Bauten auf fremden Grundstücken handelt es sich um das Gebäude der zentralen Feuerwehrwerkstatt (218.367,67 EUR). Das Grundstück, auf dem das Gebäude steht, gehört nicht dem Landkreis.

Erhebliche Änderungen gab es bei den Anlagen im Bau. Die wesentlichen Maßnahmen sind hier der 2. Bauabschnitt der Aufstockung des KBSZ Nagold (703 TEUR), der 2. BA der K4334 Überberg-Ettmannsweiler (1.474 Mio. EUR), Hermann-Hesse-Bahn (1,566 Mio. EUR) und der Neubau der Gemeinschaftsunterkunft Calw-Wimberg (156 TEUR) sowie die Erwerbs- und Umbaukosten zur Nutzung von Gebäuden als Gemeinschaftsunterkünfte in Gechingen (429.446,20 EUR) und Nagold (224.133,01 EUR).

Im Wesentlichen handelt es sich bei den Abgängen um Abschreibungen auf das Anlagevermögen.

Die Bilanzposition 1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler enthält Werte von insgesamt 251.989,42 EUR. Es handelt sich ausschließlich um Kunstgegenstände (Anlagenklasse A3000). Es erfolgten lediglich ein Zugang eines Kunstwerkes im Wert von 1.480 EUR sowie ein Abgang eines Kunstwerkes im Wert von 208,33 EUR.

Die Anlagenklassen A3050 (Baudenkmäler), A3010 (Bodendenkmäler) und A 3150 (sonstige Kulturdenkmäler) sind nicht bebucht.

5.5.1.3 Finanzvermögen

Das Finanzvermögen wird mit 23.240.104,82 EUR (Vorjahr 16.032.962,29 EUR) ausgewiesen.

Anteile an verbundenen Unternehmen (Anteil größer 50 %) sowie Beteiligungen des Landkreises Calw sind zutreffend bilanziert. (Siehe auch Beteiligungsbericht. Für 2013 und 2014 wurde der Beteiligungsbericht im Mai 2015 im Verwaltungs- und Wirtschaftsausschuss des Landkreises vorgestellt.)

Im Vergleich zum Jahresabschluss 2013 werden 8.783 EUR weniger ausgewiesen. Es handelt sich dabei um den Abbau des Anteils des Landkreises an der Vermögensumlage beim Zweckverband Tierkörperbeseitigung Warthausen.

Die im GPA Prüfbericht vom 26.03.2014 enthaltene Feststellung A21, bei der Bilanzierung der Beteiligung am Klinikverbund Südwest GmbH nicht nur die Stammeinlage (114.500 EUR), sondern auch die Kapitalrücklage (650.500 EUR) wertmäßig einzubuchen, wurde im Jahresabschluss nicht mehr umgesetzt, da die Kapitalrücklage aufgrund der Verlustverrechnung zum 31.12.2014

aufgebraucht ist. Die Vorgehensweise wurde so abgesprochen und von der Rechtsaufsichtsbehörde akzeptiert.

2013 wurde die Tourismus GmbH Nördlicher Schwarzwald gegründet.

Unter der Position Ausleihungen ist lediglich der Anteil an der Kreisbaugenossenschaft Calw eG mit seit Jahren unveränderten 163.999,80 EUR verbucht.

Die in der Bilanz dargestellten **Forderungen** stiegen gegenüber dem Vorjahr um 3.169.534,73 EUR auf 12.973.008,28 EUR. Die Forderungen kamen mit dem Nennwert zum Ansatz. Wegen der Einzelheiten wird auf das Kapitel „Forderungsübersicht“ verwiesen.

Von den zum Jahresende 2014 mit 701.136,63 EUR bilanzierten privatrechtlichen Forderungen waren am Tag der Prüfung (22.09.2015) nur noch 27.008,66 EUR (= 3,85%) offen. Die übrigen Forderungen waren bereits beglichen.

2013 erfolgte erstmals die Einbuchung von Darlehensforderungen aus dem Sozialbereich. Die Summe der 2014 eingebuchten Darlehen ist identisch mit der des Jahresabschlusses 2013. Dies ist nicht plausibel. Nach Auskunft der Fachabteilung gibt es sowohl Zuschreibungen (neue Darlehen) als auch Darlehenstilgungen. Der Wert ist zu überprüfen und für den kommenden Jahresabschluss fortzuschreiben. Eine für den Jahresabschluss dergestalt wesentliche Veränderung, dass eine Bestätigung unterbleiben müsste ist jedoch nicht erkennbar.

Bei den öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Forderungen wurden - mit Ausnahme der Forderungen aus Transferleistungen (im Wesentlichen aus dem Sozialbereich) - keine Pauschal- und Einzelwertberichtigungen vorgenommen. Der Pauschalwertberichtigungssatz betrug unter 5 %.

Der Prozentsatz der **Wertberichtigung im Sozial und Jugendhilfebereich** wird anhand der Beitreibungsquote ermittelt und orientiert sich an den Erfahrungswerten der letzten Jahre. Im Bereich der Sozialhilfe (SG 46) und KOF wurde nach einer Neubewertung davon ausgegangen, dass 50 % der Forderungen realisiert werden können, daher wurden diese Forderungen mit 50 % wertberichtigt.

Für den Bereich der Altforderungen und der Forderungen aus der Abrechnung des Frauenhauses wurde eine Berichtigungsquote von 74 % angesetzt (Beitreibungsquote liegt bei 26 %).

Im Bereich der Jugendhilfe und der Unterhaltsvorschussleistungen wurden die Ansätze der Vorjahre (Jugendhilfe mit 5 % und UVG mit 74 %) erneut angesetzt. Laut Auskunft der Fachabteilung betrug die Beitreibungsquote im UVG-Bereich für 2014 30,28 %, wobei hier die Ist-Ausgaben ins Verhältnis zu den Ist-Einnahmen gesetzt wurden. Der Wertberichtigungsprozentsatz läge dann bei 69,72 %. Die UVG-Beitreibungsquoten lagen 2011 bei 19,89 %, 2012 bei 23,62 % und in 2013 bei 34,89 %. Im Mittel ergab sich hieraus eine Beitreibungsquote von 26,13 %, abgerundet 26 %. Die Berichtigungsquote belief sich somit auf 74 %. Für die künftigen Berechnungen sind hier die angesetzten Einnahmen (Forderungen) ins Verhältnis zu den tatsächlich erzielten Einnahmen (IST) zu setzen.

5.5.1.4 Liquide Mittel

Als flüssige Mittel sind der Kassenbestand und das Guthaben bei Kreditinstituten aufgeführt. Das Guthaben bei Kreditinstituten war durch Kontoauszüge nachgewiesen. Es betrug 7.016.277,48 EUR zum 31.12.2014 (Vorjahr: 2.969.886,68 EUR) und war damit um 4.046.390,80 EUR gestiegen.

Die Liquidität des Landkreises war durch eigene Mittel gewährleistet (siehe Kapitel „Kassenkredite“).

Der Bestand der Liquiden Mittel zum 31.12.2014 ist insoweit erläuterungsbedürftig, als im Jahresabschluss 2014 auch allein im Bereich der Asylbewerberunterbringung Pauschalbeträge eingingen, die auch für Aufwendungen im Folgejahr bestimmt sind (4.218.518,19 EUR siehe Passive Rechnungsabgrenzungsposten). Außerdem erfolgten Ermächtigungsübertragungen in Höhe von insgesamt 3.269.403,94 EUR die ebenfalls gedanklich von diesem Betrag der Liquiden Mittel abzuziehen sind. Unter Berücksichtigung (nur) dieser beiden Punkte würde die Liquidität (unter Berücksichtigung von 200 TEUR erwarteter Zuschüsse) bei - 271.277,48 EUR liegen.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Liquiden Mittel (7.016.277,48 EUR) wiesen gegenüber dem Finanzmittelsaldo der Finanzrechnung (Endbestand an Zahlungsmitteln - Position 41: 7.010.190,19 EUR) eine Differenz von 6.087,29 EUR auf.

Nach Prüfung der Konten und der vorhandenen Liquiden Mittel konnte festgestellt werden, dass der in der Bilanz ausgewiesene höhere Betrag der Richtige ist. Die Gesamtf finanzrechnung weist hier unter dem Endbestand an Zahlungsmitteln aufgrund einer Umgliederung einen zu niedrigen Betrag aus.

(siehe auch Anlage 8 zum Jahresabschluss - Erläuterungen zur Vermögensrechnung - Ziffer 1.3.9)

5.5.1.5 Abgrenzungsposten

Es wurden Rechnungsabgrenzungsposten mit einem Gesamtbetrag von 5.014.990,16 EUR gebildet. Die Abgrenzungsposten setzen sich aus folgenden Positionen zusammen:

Sonderposten für geleistete Investitionszuschüsse 3.902.607,41 EUR

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten 1.112.382,75 EUR
gebildet.

Die Überprüfung, dass die Auflösung der Abgrenzungsposten ergebniswirksam erfolgte, wurde in Stichproben durchgeführt.

Zwei 2014 als ARA verbuchte Abschlagszahlungen betreffen das Jahr 2015. Sie waren beide im Jahr 2015 zur Auszahlung fällig. Die Auszahlung erfolgte bereits 2014.

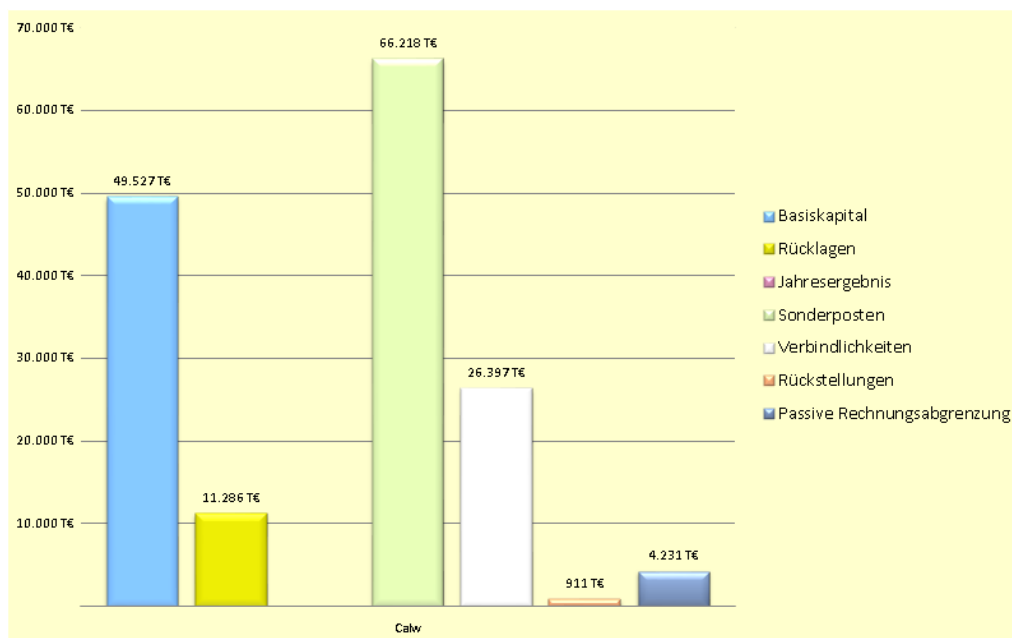


5.5.2 Passiva

In der folgenden Übersicht sind die einzelnen Posten der Passivseite zusammengefasst.

Passiva			
	Eröffnungsbilanz / Vorjahr 31.12.2013	31.12.2014	Veränderung in %
Basiskapital	49.527.436,86 €	49.527.436,86 €	0,0 %
Rücklagen	7.564.615,14 €	11.285.757,44 €	49,2 %
Jahresergebnis	0,00 €	0,00 €	-
Sonderposten	65.578.971,57 €	66.218.483,01 €	1,0 %
Rückstellungen	620.629,58 €	910.802,48 €	46,8 %
Verbindlichkeiten	24.548.208,41 €	26.397.470,00 €	7,5 %
Passive Rechnungsabgrenzung	3.901.857,01 €	4.231.486,48 €	8,4 %
Gesamt	151.741.718,57 €	158.571.436,27 €	4,5 %

Tabelle 8: Passiva



Ansicht 8: Passiva 2014

Die Bilanzsumme hat sich um 6.829.717,70 EUR auf 158.571.436,27 EUR erhöht.

Die Bilanzpositionen der Passiva waren durch entsprechende Nachweise zutreffend nachgewiesen und ausreichend erläutert. Das Jahresergebnis wird übereinstimmend mit der Ergebnisrechnung ausgewiesen.

5.5.2.1 Basiskapital

Das Basis-Reinvermögen ist zum 31.12.2014 mit 49.527.437 EUR gegenüber dem Jahresabschluss in gleicher Höhe ausgewiesen. Das Jahresergebnis zum 31.12.2013 wurde korrekt übertragen.

2014 wurden keine Bilanzberichtigungen für Vorjahre vorgenommen.

5.5.2.2 Rücklagen

Das ordentliche Ergebnis 2014 wies einen Überschuss von 3.238.607,77 EUR auf, der komplett der Rücklage zugeführt wurde.

Auch das Sonderergebnis wies einen Überschuss (482.534,53 EUR) aus, der ebenfalls komplett der Rücklage zugeführt wurde.

Position 1.2.1 Stand 31.12.2013: 7.564.615,14 EUR

Position 1.2.1 Stand 31.12.2014: 10.803.222,91 EUR

Differenz: 3.238.607,77 EUR

Das entspricht dem Ordentlichen Ergebnis 2014.

5.5.2.3 Ermächtigungsübertragungen

Die Ermächtigungsübertragungen wurden in Anlage 10.4 zum Jahresabschluss dargestellt. Von den insgesamt 3.269.403,94 EUR entfallen 1.537.308,23 EUR auf den Ergebnishaushalt und 1.732.095,71 EUR auf den Finanzhaushalt. Diesen Ermächtigungen stehen Einnahmen in Höhe von 200.000 EUR gegenüber, so dass die Liquidität allein hieraus mit ca. 3,07 Mio. EUR belastet wird.

Die Ermächtigungsübertragungen wurden in der VWA Sitzung vom 06.07.2015 - TOP 3 - behandelt.

5.5.2.4 Sonderposten

Es wurde ein Sonderposten in Höhe von 66.218.483,01 EUR mit Rücklagenanteil gebildet. Im Wesentlichen handelt es sich um Zuweisungen aus den Bereichen Straßenbau und ÖPNV. Wegen der betragsmäßigen Erläuterung wird auf die Anlage 8 (Passiva) zum Jahresabschluss (dort Ziffer 2.1) verwiesen.

5.5.2.5 Rückstellungen

Es wurden zum 31.12.2014 Rückstellungen in Höhe von 910.802,48 EUR gebildet und entsprechend der Bilanz ausgewiesen:

Calw - Rückstellungen 2014		
Art der Rückstellungen	Höhe	Kommentar
Lohn und Gehaltsrückstellungen	109.692,00 €	Siehe JA 2014 Anlage 8.2 Nr. 3.1
Unterhaltsvorschussrückstellungen	230.165,48 €	Siehe 5.5.2.5.1
Stilllegungs- und Nachsorgerückstellungen für Abfalldeponien	0,00 €	Die Nachsorgerückstellungen sind beim Eigenbetrieb Abfallwirtschaft bilanziert.
Gebührenüberschussrückstellungen	0,00 €	
Altlastensanierungsrückstellungen	0,00 €	
Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	570.945,00 €	Siehe 5.5.2.5.2
Weitere Rückstellungen	0,00 €	
Summe	910.802,48 €	

Die gebildeten Rückstellungen sind angemessen.

5.5.2.5.1 Unterhaltsvorschussrückstellungen

Die Unterhaltsvorschussrückstellungen sind um ca. 14 TEUR höher als im vergangenen Jahr.

Insgesamt stehen Forderungen aus UVG-Leistungen in Höhe von 1.327.877,78 EUR aus. Diese wurden um 982.629,56 EUR wertberichtigt, so dass vom werthaltigen Restbetrag (345.248,22 EUR) auf den an Bund und Land weiter zu leitenden Anteil (2/3) 230.165,48 EUR entfallen.

Der Wertberichtigungssatz bei den Unterhaltsvorschussleistungen liegt bei 74%. D.h. 74 % der Forderungen sind uneinbringlich. Er entspricht dem Vorjahreswert und wurde von der Fachabteilung auch für 2014 als Erfahrungswert angesetzt. Eine Ermittlung der „Beitreibungsquote“ (Verhältnis der Forderungen zu den tatsächlich eingegangenen Beträgen) erfolgte nicht. Dies sollte für die künftigen Jahresabschlüsse erfolgen.

5.5.2.5.2 Rückstellungen für drohende Verpflichtungen

Der hier eingestellte Betrag überschreitet den Rückstellungsbetrag des Vorjahres deutlich - um ca. 500 TEUR. Die Erhöhung entspricht dem Ansatz des Risikos aufgrund des wettbewerbsrechtlichen Verfahrens gegen den Landkreis im Bereich Krankenhäuser.

5.5.2.6 Verbindlichkeiten

Die Schulden haben sich gegenüber dem Vorjahr um 1.849.261,59 EUR verändert.

Die Höhe der Schulden ist jeweils durch eine Urkunde belegt.

Aufgrund einer seit längerem bestehenden hausinternen Regelung sind Regionale Banken, sowie mindestens eine landesweit und eine bundesweit agierende Bank anzufragen um das günstigste Angebot zu ermitteln.

Bei den Kassenkrediten ist ein Betrag von 6.087,29 EUR verbucht, der aus einer Verrechnungsumgliederung stammt. Um diesen Betrag sind die Kassenkredite geringer.

Die Position Verbindlichkeiten aus Transferleistungen weist 2014 einen Betrag von 214.687,81 EUR aus.

Zum Jahresende waren bereits gebuchte aber noch nicht ausgezahlte Auszahlungen als Schwebeposten gebucht. Sie gehören zu den sonstigen Verbindlichkeiten und sind künftig dort zu buchen.

5.5.2.7 Passive Rechnungsabgrenzung

2013 wurde erstmals ein passiver Rechnungsabgrenzungsposten für Flüchtlingsunterbringung in die Bilanz aufgenommen. Der Abgrenzungsposten ist mit der periodengerechten Abgrenzung der erhaltenen Pauschalen für die Flüchtlingsunterbringung begründet. Im Rechnungsjahr 2014 belaufen sich die passiven Rechnungsabgrenzungen für die Flüchtlingsaufnahme auf 4.218.518,19 EUR (Vorjahr 2.779.285,25 EUR).

5.6 Anhang

Siehe Ziffer 9.1 des Jahresabschlusses.

Mündelvermögen:

Im Anhang zum Jahresabschluss 2014 sind erstmals die Angaben über Mündelvermögen enthalten. Beim Mündelvermögen handelt es sich nicht um Gelder des Landkreises, so dass es nicht zu bilanzieren ist, es ist jedoch nach § 97 Abs. 3 GemO im Jahresabschluss gesondert nachzuweisen.

Die Kommentierung Adam/Schindler aus Gemeindewirtschaftsrecht Baden-Württemberg zu § 53 GemHVO empfiehlt unter dortiger Ziffer 7 (S.11) diesen Nachweis im Anhang zu führen. (2013: 4.368,23 EUR, 2014: 53.961,24 EUR)

Die Feststellung aus dem letzten Prüfbericht ist damit erledigt.

Bürgschaften:

Bei einer Restschuldsumme von insgesamt 18.739.303 EUR beträgt die Summe der Bürgschaftsbeträge zum 31.12.2014 insgesamt: 43.081.792 EUR. Die zugrundeliegenden Kredite sind damit übersichert.

Insgesamt ist bei künftigen Bürgschaften darauf zu achten, dass keine Übersicherung der Kredite erfolgt. D.h. dass sich die Bürgschaften auch entsprechend der erbrachten Tilgungsleistungen reduzieren. Die derzeit bestehenden Bürgschaftserklärungen sind vorr. nicht änderbar.

5.6.1 Rechenschaftsbericht

Der Rechenschaftsbericht für 2014 ist gemäß §§ 95 Absatz 2 Satz 2 GemO, 54 GemHVO erstellt worden. Er enthält die grundsätzlich geforderten Angaben.

Der zur Prüfung vorgelegte Rechenschaftsbericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss. Die sonstigen Angaben im Rechenschaftsbericht erwecken keine falschen Vorstellungen von der Lage des Landkreises. Es wird zutreffend auf die voraussichtliche Entwicklung hingewiesen.

5.6.2 Vermögensübersicht

In der folgenden Tabelle ist die Vermögensübersicht dargestellt.

Vermögensübersicht (Auszug)		
Anlagenvermögen	Buchwerte	
	am 31.12. des Haushaltsjahres	am 31.12. des Vorjahres
Spalte 1		
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	394.409,96 €	365.026,13 €
2. Sachvermögen (ohne Vorräte)	129.826.170,52 €	129.747.021,41 €
3. Finanzvermögen (ohne Forderungen und liquide Mittel)	3.250.819,06 €	3.259.602,06 €
insgesamt	133.471.399,54 €	133.371.649,60 €

Tabelle 9: Vermögensübersicht

Die Vermögensübersicht entspricht dem Muster 16 des Ausführungserlasses und hatte zum 31.12.2014 einen Bestand von 153.556.446,11 EUR.

Abzüglich der Vorräte, Forderungen und liquiden Mittel ergibt sich ein Wert von 133.471.399,54 EUR für die in der Vermögensübersicht enthaltenen immateriellen Vermögensgegenstände, das Sachvermögen und das Finanzvermögen.

5.6.3 Schuldenübersicht

In der folgenden Tabelle ist die Schuldenübersicht gemäß § 95 Absatz 3 Ziffer 2 GemO, § 55 Absatz 2 GemHVO dargestellt.

Schuldenübersicht						
Art der Schulden	Gesamt- betrag am 01.01.2014	Gesamt- betrag am 31.12.2014	davon mit einer Restlaufzeit von			Mehr (+) weniger (-)
			bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	
1. Geldschulden	19.516.126,02 €	19.048.801,60 €	277.191,03 €	1.839.577,43 €	16.932.033,14 €	-467.324,42 €
1.1 Anleihen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1.2 Kredite für Investitionen	19.516.126,02 €	19.048.801,60 €	277.191,03 €	1.839.577,43 €	16.932.033,14 €	-467.324,42 €
1.3 Kassenkredite	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2. Verbindlichkeiten, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Gesamtschulden gem. § 55 Abs. 2 GemHVO	19.516.126,02 €	19.048.801,60 €	277.191,03 €	1.839.577,43 €	16.932.033,14 €	-467.324,42 €
weitere Verbindlichkeiten						
3. Sonstige Geldschulden	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.437.647,69 €	2.912.938,13 €	2.912.938,13 €	0,00 €	0,00 €	-524.709,56 €
5. Transferverbindlichkeiten	207,63 €	214.687,81 €	214.687,81 €	0,00 €	0,00 €	214.480,18 €
6. sonstige Verbindlichkeiten	1.592.356,39 €	4.214.955,17 €	4.214.955,17 €	0,00 €	0,00 €	2.622.598,78 €
Schulden Gesamt (ohne Sondervermögen)	24.546.337,73 €	26.391.382,71 €	7.619.772,14 €	1.839.577,43 €	16.932.033,14 €	1.845.044,98 €

Tabelle 10: Schuldenübersicht

Die Zahlen der Schuldenübersicht stimmen mit den Werten der Bilanz bis auf die unter 5.5.1.4 erwähnten 6.087,29 EUR überein.

Bei den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen kann davon ausgegangen werden, dass diese eine Laufzeit von < ein Jahr haben.

Die Sonstigen Verbindlichkeiten sind unter Ziffer 4.6 der Anlage 8 zum Jahresabschluss 2014 zutreffend erläutert.

Im Gesamtbetrag sind - fälschlicherweise 2.516.897,94 EUR **aus Beistandschaften** enthalten. Diese sind keine Gelder des Landkreises.

5.6.4 Forderungsübersicht

In der folgenden Tabelle ist die Forderungsübersicht gemäß § 55 Absatz 1 GemHVO dargestellt.

Forderungsübersicht					
Art der Forderungen	Gesamtbetrag am 01.01.2014	Gesamtbetrag am 31.12.2014	davon mit einer Restlaufzeit von		
			bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen	6.029.256,03 €	9.491.972,58 €	9.043.032,58 €	448.940,00 €	0,00 €
2. Forderungen aus Transferleistungen	3.127.518,26 €	2.779.898,00 €	2.330.958,00 €	448.940,00 €	0,00 €
3. Priv.rechtliche Forderungen	646.699,26 €	701.137,33 €	664.631,00 €	0,00 €	36.506,33 €
Summe aller Forderungen	9.803.473,55 €	12.973.007,91 €	12.038.621,58 €	897.880,00 €	36.506,33 €

Tabelle 11: Forderungsübersicht

Die Forderungen waren durch Saldenlisten nachgewiesen.

Die Zahlen der Forderungsübersicht stimmten mit den Werten in der Bilanz überein.

Im Jahr 2013 wurden die Darlehensforderungen aus der Sozialhilfe nacherfasst. Die Forderungen aus Transferleistungen mit einer Laufzeit von über ein Jahr in Höhe von 448.940 EUR beruhen hierauf. Der Betrag ist identisch mit dem zum Jahresabschluss 2013 gebuchten Betrag. Er wurde nicht fortgeschrieben. Dies ist beim nächsten Jahresabschluss nachzuholen.

Das der Kreisbaugenossenschaft Calw vor Jahren gegebene Darlehen wurde entsprechend der Prüfbemerkung im letzten Prüfbericht zu den Forderungen mit einer Laufzeit von über fünf Jahren umgegliedert. Das Darlehen hat zum 31.12.2013 einen Stand von 36.506,33 EUR (2013: 38.653,75 EUR, derzeitiger Tilgungsbetrag 2.147,42 EUR jährlich).

5.6.5 Ermächtigungsübertragungen (Übersicht über zu übertragende Mittel bzw. Ermächtigungen)

Im Neuen Kommunalen Rechnungswesen sind Übertragungen von Haushaltsermächtigungen gemäß § 21 GemHVO bzw. § 87 GemO zulässig, soweit nach § 41 GemHVO nicht vorrangig Rückstellungen gebildet werden müssen. Zu differenzieren ist zwischen Ermächtigungsübertragungen des Ergebnishaushalts und solchen des Finanzhaushalts.

Ermächtigungsübertragungen führen in keinem Jahr zu einer Buchung im Ergebnis- bzw. Finanzhaushalt, sie erhöhen nur die Ermächtigungen des Folgejahres.

Das NKHR in Baden-Württemberg sieht die folgenden (zwingenden) Formvorschriften vor:

Alle in das Folgejahr übertragenen Haushaltsermächtigungen - d.h. Übertragungen für Erträge, Einzahlungen und Auszahlungen - sind einzeln in einer Übersicht dem Anhang des Jahresabschlusses beizufügen (§ 95 Absatz 3 Ziffer 3 GemO).

Die übertragenen Haushaltsermächtigungen für Aufwands- und Auszahlungsermächtigungen müssen im Rechenschaftsbericht begründet werden (§ 54 GemHVO).

Die Erläuterungen sind unter Anlage 10.4 zum Jahresabschluss 2014 dargelegt. Den Mittelübertragungen liegen bereits eingegangene Verpflichtungen zugrunde. Die Zuständigkeiten für die Mittelübertragung waren eingehalten. Eine gleichlautende Vorlage war Gegenstand der Beratungen im Verwaltungs- und Wirtschaftsausschuss des Landkreises Calw am 06.07.2015 TOP 3.

5.6.5.1 Ergebnishaushalt

Übertragungen von Haushaltsermächtigungen wurden in Höhe von 1.537.314,23 EUR gebildet. Die Voraussetzungen gemäß § 21 Absatz 2 GemHVO lagen vor. Das ordnungsgemäße Verfahren wurde eingehalten.

Die Ermächtigungsübertragungen wurden in der Sitzung des Verwaltungs- und Wirtschaftsausschusses vom 06.07.2015 TOP 3 behandelt. Die im Jahresabschluss dargestellten Ermächtigungen entsprechen den dort dargestellten Unterlagen.

5.6.5.2 Finanzhaushalt

Ermächtigungsübertragungen wurden in Höhe von 3.269.403,94 EUR gebildet. Die Voraussetzungen gemäß § 21 Absatz 2 GemHVO lagen vor. Das ordnungsgemäße Verfahren wurde eingehalten.

Die Ermächtigungsübertragungen wurden in der Sitzung des Verwaltungs- und Wirtschaftsausschusses vom 06.07.2015 TOP 3 behandelt. Die im Jahresabschluss dargestellten Ermächtigungen entsprechen den dort dargestellten Unterlagen.

Die Liste der Ermächtigungsübertragungen (Anlage 10.4 zum Jahresabschluss 2014) wurde in Stichproben geprüft. Die Voraussetzungen für die Mittelübertragungen liegen vor.

Generell ist bei Ermächtigungsübertragungen die Liquiditätslage im Auge zu behalten. Da den Ermächtigungsübertragungen - im Gegensatz zur Kameralistik - keine Haushaltseinnahmereste als Übertragung von Finanzierungsmitteln gegenüber stehen, wird das Haushaltsjahr, in dem die Maßnahme wider Erwarten nicht durchgeführt wird, im Jahresabschluss potenziell besser dargestellt; wohingegen das kommende Jahr - in das die Ausgabeermächtigungen übertragen werden - ohne Veranschlagung einer entsprechenden Finanzierung eine Verschlechterung erfährt, die sich ganz klar in diesem Jahr negativ auf die Liquidität auswirkt.

6. Wesentliche Schwerpunktprüfungen in 2014

Der Bericht der im Sommer 2013 erfolgten überörtlichen Prüfung für die Eröffnungsbilanz und der Jahresabschlüsse 2010 und 2011 wurde von der Gemeindeprüfungsanstalt im April 2014 übersandt und die Stellungnahme von der Verwaltung (nach Kenntnisnahme des Kreistages am 20.10.2014) der GPA übersandt. Mit Schreiben vom 14.01.2015 wurden zu zwei Punkten noch ergänzende Stellungnahmen angefordert, die kurzfristig abgegeben wurden.

Die überörtliche Prüfung ist zwischenzeitlich abgeschlossen. Der Kreistag wurde über den Abschluss der Prüfung unterrichtet.

Schwerpunktprüfungen 2014 erfolgten unter anderem bei:

6.1 Schülerbeförderungsverträge

Auf das Produkt 21.40.01 – Schülerbeförderung wird durch die Abteilungen Schulen & Kultur und Projekt S-Bahn & ÖPNV gebucht. Bei der Prüfung lag der Schwerpunkt auf den Schülerbeförderungsverträgen. Ein wesentliches Ergebnis der Prüfung war, dass der Landkreis sofern er selbst Beförderungsverträge im Rahmen der Schülerbeförderung vergibt, sowohl dem Vergaberecht, als auch dem Landestariftreue- und Mindestlohngesetz mit allen Rechten und Pflichten unterliegt.

6.2 Einführung SoJuHKR / Ablösung WAUS

Bei der Prüfung des Übergangs wurden keine wesentlichen Mängel festgestellt. Die umfangreichen Vorarbeiten im Vorfeld der Umstellung durch die Abt. Finanzen haben sich bezahlt gemacht. Zum Zeitpunkt der Migration (Stand: 15.05.2014) waren tatsächlich keine Überzahlungen mehr vorhanden, sodass der Bestand mit Ausnahme von zwei Fällen reibungslos übernommen werden konnte.

6.3 Stellenausschreibungen über eine Agentur

Im Ergebnis wurde festgehalten, dass die Beauftragung einer Agentur aufgrund des Wegfalls von Rabatten nicht wirtschaftlicher ist, als eine Stellenausschreibung durch die Fachabteilung selbst.

6.4 Inventarprüfung Burg Hornberg

Bei der stichprobenartig durchgeführten Prüfung wurden keine wesentlichen Mängel festgestellt. Beanstandungen wurden behoben.

6.5 Inventarprüfung Straßenmeisterei Nagold

Die Durchführung einer jährlichen Inventur und die Benennung eines Verantwortlichen für die Verwaltung der Anlagen in den Außenstellen der Straßenbauabteilung wurden eingefordert.

Bei der stichprobenartig durchgeführten Prüfung wurden keine weiteren wesentlichen Mängel festgestellt. Beanstandungen wurden behoben.

6.6 Asylbewerberleistungsgesetz (Sachgebietsprüfungen)

Aus den vor Ausscheidung vorgelegten Akten wurden sieben Akten geprüft (keine Beanstandung).

6.7 Eingliederungshilfe (Sachgebietsprüfungen)

Aus den vor Ausscheidung vorgelegten Akten wurden zwölf Akten geprüft (keine Beanstandungen).

6.8 Grundsicherung (Sachgebietsprüfungen)

Aus den vor Ausscheidung vorgelegten Akten wurden dreizehn Akten geprüft. Es wurde lediglich eine nicht unterschriebene Annahmeanordnung beanstandet.

6.9 Hilfe zur Pflege (Sachgebietsprüfungen)

Aus den vor Ausscheidung vorgelegten Akten wurden acht Akten geprüft (keine Beanstandungen).

6.10 Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (Sachgebietsprüfungen)

Aus den vor Ausscheidung vorgelegten Akten wurden sieben Akten geprüft. (keine Beanstandungen).

6.11 Umsetzung Bildungs- und Teilhabepaket

Untersucht wurde die Bewilligung von BuT-Leistungen im Jobcenter und im Landratsamt. Während die Leistungsgewährung im Landratsamt kein Anlass zu Beanstandungen bot, wurde die personelle Ausgestaltung der BuT-Leistungsgewährung im Jobcenter kritisch hinterfragt. Legt man die Angaben des Jobcenters zugrunde, könnten im Vergleich der eingesetzten Vollzeitäquivalente (VZÄ) im Jobcenter 0,8 VZÄ eingespart werden. Dies entspricht einem Einsparvolumen von ca. 60.000,-- EUR. Im Antwortschreiben zum Prüfbericht führt das Jobcenter aus, dass die Zahl der VZÄ aus dem Personalmonitoring des Jobcenters, vorgegeben von der Bundesagentur für Arbeit zum Start des Jobcenters 2012, entnommen wurde. Der tatsächliche Personaleinsatz war nach einer sehr kurzen Umstellungsphase deutlich geringer und liegt mittlerweile sogar unter dem im Prüfbericht ermittelten Wert.

6.12 Jugendhilfe Abarbeitung Prüfbemerkungen

Prüfung erfolgte im Januar/Februar 2015

6.13 Kassenprüfung Kreiskasse

Bei der Tagesabschlussprüfung am 17.09.2014 konnte bestätigt werden, dass der buchungsmäßige Bestand an Zahlungsmitteln mit dem tatsächlichen Bestand der Bankkonten übereinstimmte. Inhalte der Kassenprüfung waren u.a. die Kassensicherheit, die Liquidität, die ordnungsgemäße Abwicklung der Ein-

und Auszahlungen, Kassenanweisungen sowie das Verwahrgeless. Die beanstandeten Punkte konnten ausgeräumt werden.

6.14 Kassenprüfung AWB

Die Kasse war bei der Prüfung am 01.10.2014 in Ordnung. Die wirtschaftlichste Form der Geldanlage ist nach wie vor, die Gewährung von Kassenkrediten an den Kernhaushalt des Landkreises. Bei der Festsetzung des Zinssatzes einigt man sich auf das Mittel zwischen dem Kassenkreditzinssatz, den der Kreis bezahlen müsste und dem Anlagezinssatz, den der AWB bekommen würde, so dass beide Partner davon profitieren.

6.15 Kassenprüfung Eigenbetrieb Immobilien der Kreiskrankenhäuser

Hier handelt es sich um eine verbundene Sonderkasse, die von der Kreiskasse mitverwaltet wird. Die Zahlungsvorgänge des Eigenbetriebs laufen über ein eigenes Girokonto. Es wird täglich zeitgleich mit dem Tagesabschluss des Kernhaushalts ein eigener Tagesabschluss gemacht. Einzahlungen erfolgen durch die Vermietung von Räumen und Dachflächen. Bei der Kassenprüfung am 25.09.2014 konnte bestätigt werden, dass die Kassengeschäfte ordnungsgemäß abgewickelt werden.

6.16 Fuhrparkmanagement

Die Auswertung der Nutzung der Dienstwagen im Jahr 2013 ergab einen hohen Auslastungsgrad der allgemeinen und abteilungszugeordneten Dienstwagen. Da die Nutzung von Dienstwagen kostengünstiger ist als die Wegstreckenentschädigung, wurde die Anschaffung zusätzlicher allgemeiner Dienstwagen empfohlen. Im Jahr 2015 wurde dies durch die Anschaffung von zwei Elektrofahrzeugen umgesetzt. In diesem Zuge wurden auch für zwei Abteilungen eigene Dienstwagen mit Elektroantrieb erworben.

6.17 Rundfunkgebühren des Landkreises

Die Umstellung der Beitragserhebung zum 01.01.2013 führte zu einer Verdoppelung des Aufwandes. Da die Auslegung der Beitragserhebung für die Kommunen sehr komplex ist, und die Erhebung dezentral erfolgt, wurden durch die intensive Vertiefung in die Materie Möglichkeiten aufgezeigt, wie Sonderregelungen, Beitragsbefreiungen und Ermäßigungen genutzt werden können. Dies wurde auch von den Abteilungen umgesetzt.

6.18 FAG Grunderwerbsteuermeldungen

Die aus der Buchhaltung der Kreisverwaltung gemeldeten Grunderwerbsteueranteile stimmen mit den im Rahmen des Finanzausgleiches berücksichtigten Grunderwerbsteuereinnahmen überein.

Die im FAG berücksichtigten Grunderwerbsteuereinnahmen des Landkreises entsprechen korrekterweise den IST-Einnahmen des jeweiligen Jahres.

6.19 Energiebeschaffung Landkreisgebäude

Nachdem in den Jahren 2012 und 2013 die Lieferung von Holzpellets für verschiedene Landkreisgebäude, die Lieferung von Ökostrom und die Errichtung einer Photovoltaikanlage Prüfungsthemen waren, wurde 2014 das Thema auf der Grundlage des Klimaschutzberichts der Abt. Gebäude und EDV nochmals aufgegriffen. Dabei standen die Ausschreibung für Stromlieferungen für Kreisgebäude, der Wärmecontractingvertrag für das KBSZ Calw und Heizöllieferungen im Focus.

Entgegen der Visakontrollverfügung hatte eine Visaprüfung nicht stattgefunden. Im Prüfbericht wurde vorgeschlagen, bei der Beteiligung an Gemeinschaftsausschreibungen (Strom) einen Verzicht auf die Visakontrolle vorzusehen. Bei der Bestellung von Heizöl für mehrere Gebäude (große Mengen) sind vergaberechtliche Ausschreibungen erforderlich.

6.20 Vergabeprüfungen

Ein technischer Prüfer steht nicht zur Verfügung. Die vorgesehenen Auftragsvergaben der Kernverwaltung und der AWG werden soweit entsprechend der hausinternen Regelung vorgelegt dennoch (aber eben nur) auf die Einhaltung der vorgeschriebenen Verfahrensregeln überprüft. In zwei Fällen musste ein anderes Vergabeverfahren gewählt werden. Bei den übrigen durchgeführten Vergabeprüfungen ergaben sich keine wesentlichen inhaltlichen Fragestellungen. Die Angebotswertungen erfolgten jeweils korrekt.

Die Veröffentlichungspflichten vor und nach der Vergabe werden jedoch nicht immer beachtet. Die beteiligten Stellen wurden darauf hingewiesen.

Titel	Abteilung	Auftr. Vol.
Ausbau K 4334	52	4.023.603,24
Belagsarbeiten K 4374	52	54.440,48
Belagsarbeiten K 4331	52	114.237,12
Belagsarbeiten K 4306	52	68.035,22
Belagsarbeiten K 4328	52	89.960,67
Meisterntunnel Reinigung	52	18.979,19
Markierungsstoffe 2014 - 2016	52	90.559,00
Schutzplanken Anschlussauftrag	52	78.300,89
Bel.arbeiten K 4325 Stützmauersan.-	52	45.752,05
Vergabe Tausole	52	
Beschaffung LKW	52	
Vergabe Markierungsarbeiten	52	111.606,74
Belagsarbeiten K 4340	52	106.482,49
Sanierung KVP Langenbr. u. L 343	52	774.999,50
Belagsarbeiten K 4351	52	236.143,06
Sanierung K 4352 Böschung	52	80.946,78
Belagsarbeiten K 4352	52	93.470,88
Lieferung Verkehrszeichen 2014 - 16	52	80.373,83
K 4310 Fahrbahnteiler	52	75.823,95
Lernmittel	51	
Bohr- u. Fräsmaschine KBSZ Calw	51	62.400,00

TSI Prüfstand	51	
CNC Fräsmasch KBSZ Nagold	51	228.361,00
Pcs u. Monitore	51	29.827,35
Vermietung Schilderstellen	14	
GU Wimberg Zimmerer	14	304.419,16
GU Wimberg Rohbau	14	241.693,64
GU Wimberg Sanitär u. Lüftung	14	217.184,35
GU Wimberg Elektroarb.	14	102.940,06
GU Wimberg Fenster u. Türen	14	82.164,74
GU Wimberg Heizung	14	141.415,04
GU Wimberg Flachdach	14	65.753,45
GU Wimberg Klempner	14	17.024,32
GU Wimberg Gerüstbau	14	17.517,99

Von anderen Abteilungen wurden keine Vergaben vorgelegt.

6.21 Betriebskostenabrechnung der Sporthallen an den Kreisberufsschulzentren Nagold und Calw

Die aufgrund der Nutzung durch die Städte Calw und Nagold sowie der Verein erforderliche Umlegung der Betriebskosten war rechnerisch nachvollziehbar. Die Kostenverteilung erfolgte korrekt.

6.22 Abrechnung von Maßnahmen im Straßenbau

Im Jahr 2014 wurden 14 Abrechnungen die eine Abrechnungssumme von 50.000 EUR überschreiten vor der Auszahlung der Schlussabrechnung geprüft. Hierbei gab es keine Beanstandungen.

7. Ergebnis der Jahresabschlussprüfung

7.1 Zusammenfassung

Der zur Prüfung vorgelegte Jahresabschluss 2014 wurde ordnungsgemäß aus den Büchern und den sonst erforderlichen Aufzeichnungen des Landkreises entwickelt.

Die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Haushaltsführung, der sonstigen Teile des Rechnungswesens, der wirtschaftlichen Verhältnisse und des Kassen- und Vergabewesens hat Feststellungen ergeben. Einwendungen gegen die Buchführung, den Jahresabschluss und den Rechenschaftsbericht sind nach dem abschließenden Ergebnis dieser Prüfung nicht zu erheben.

Der Jahresabschluss 2014 wurde aufgrund der durch die hohe Personalfuktuation im Bereich der Kämmerei entstandenen Rückstände erst am 10.09.2015 aufgestellt.

Die zu Grunde liegende Einwohnerzahl basiert auf der Zensus-Fortschreibung.

Die Reinvestitionsquote lag 2014 bei 101%. D.h. die Abschreibungen wurden reinvestiert.

Der Transferaufwand steigt kontinuierlich.

Die Kreisumlage deckt die Netto-Soziallasten zu 96,93 %. Die Differenz beläuft sich auf ca. 1,73 Mio EUR (Vorjahr 1,2 Mio. EUR).

Insgesamt musste der Kreis an 173 Tagen Kassenkredite in Anspruch nehmen. Die Liquidität des Kreises ist deshalb trotz der deutlichen Verbesserung gegenüber den Vorjahren noch verbesserungswürdig.

2014 wurde eine Nettoinvestitionsrate (Zahlungsmittelüberschuss II) in Höhe von ca. 4,9 Mio. EUR erwirtschaftet.

Zum Jahresende waren bereits gebuchte aber noch nicht ausgezahlte Auszahlungen als Schwebeposten gebucht. Sie gehören zu den sonstigen Verbindlichkeiten und sind künftig dort zu buchen.

Die Kontenbezeichnungen sind teilweise wenig aussagekräftig. Insbesondere bei erfolgten Umbuchungen sind aussagekräftige Vermerke (ggf. handschriftlich auf den Belegen) erforderlich um die Nachvollziehbarkeit der Buchungen zu gewährleisten.

Im Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten sind - fälschlicherweise 2.516.897,94 EUR aus Beistandschaften enthalten. Ein nahezu identischer Betrag ist auf der Forderungsseite enthalten. Diese sind keine Gelder des Landkreises.

Im Jahr 2013 wurden erstmals die Darlehensforderungen aus der Sozialhilfe nacherfasst. Die Forderungen aus Transferleistungen mit einer Laufzeit von über ein Jahr in Höhe von 448.940 EUR beruhen hierauf. Der Betrag 2014 ist identisch mit dem zum Jahresabschluss 2013 gebuchten Betrag. Er wurde nicht fortgeschrieben. Dies ist beim nächsten Jahresabschluss nachzuholen.

Die Pauschalwertberichtigungen im UVG-Bereich sind im Verhältnis der erwartenden Einnahmen zu den tatsächlichen Einnahmen zu berechnen.

Die Vermögenswerte sind ausreichend nachgewiesen sowie richtig und vollständig erfasst.

Die Bilanz, die Ergebnisrechnung und die Finanzrechnung wurden nach den Vorschriften der GemO / GemHVO bzw. GemKVO und den analog anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Der Anhang enthält die vorgeschriebenen Angaben.

Insgesamt ist bei künftigen Bürgschaften darauf zu achten, dass keine Übersicherung der Kredite erfolgt. D.h. dass sich die Bürgschaften auch entsprechend der erbrachten Tilgungsleistungen reduzieren. Die derzeit bestehenden Bürgschaftserklärungen sind voraussichtlich nicht änderbar.

7.2 Erklärung des Rechnungsprüfungsamts

Die Haushaltsführung erfolgt im Wesentlichen sparsam und wirtschaftlich. Der Jahresabschluss vermittelt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage.

Bei den Einnahmen, Ausgaben und bei der Vermögensverwaltung wurde im Allgemeinen nach dem Gesetz und den bestehenden Vorschriften verfahren.

Die einzelnen Rechnungsbeträge wurden sachlich und rechnerisch in vorschriftsmäßiger Weise begründet und belegt.

Das Vermögen und die Schulden wurden im Wesentlichen richtig nachgewiesen.

Die unter 7.1 genannten Punkte führen weder zu wesentlichen Beanstandungen, noch verzerren sie das Lagebild in nennenswertem Umfang.

Dem Kreistag kann daher empfohlen werden, dem Jahresabschluss 2014 zuzustimmen.

Calw, den 09.11.2015

Kommunalaufsicht und Revision

Az.:095.5

(Frank Kern)

Abteilungsleiter

Kommunalaufsicht und Revision

8. Kennzahlen des Jahresabschlusses

Bilanzsumme = Gesamtkapital

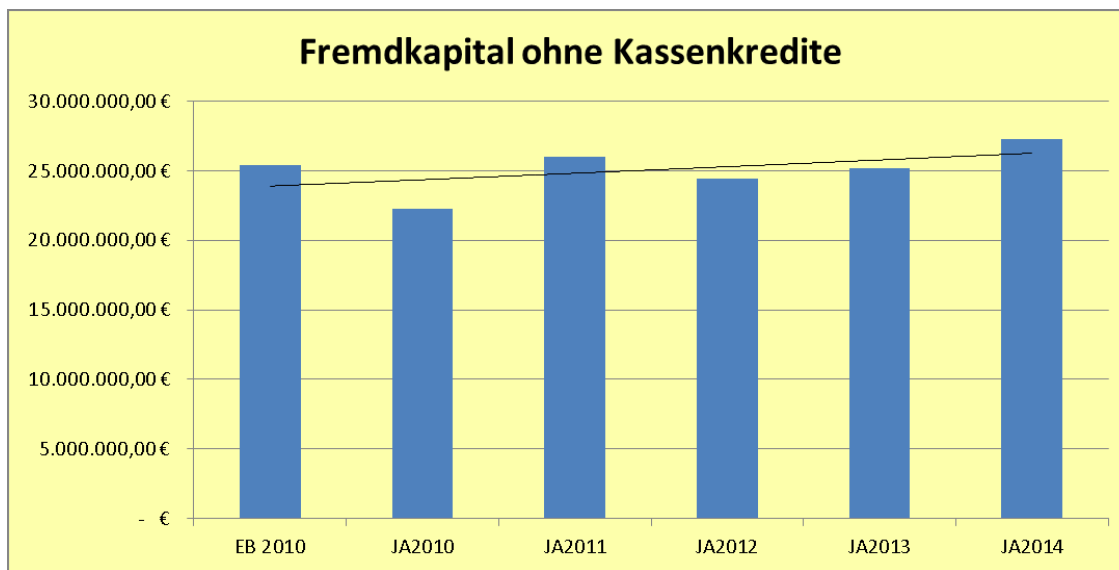
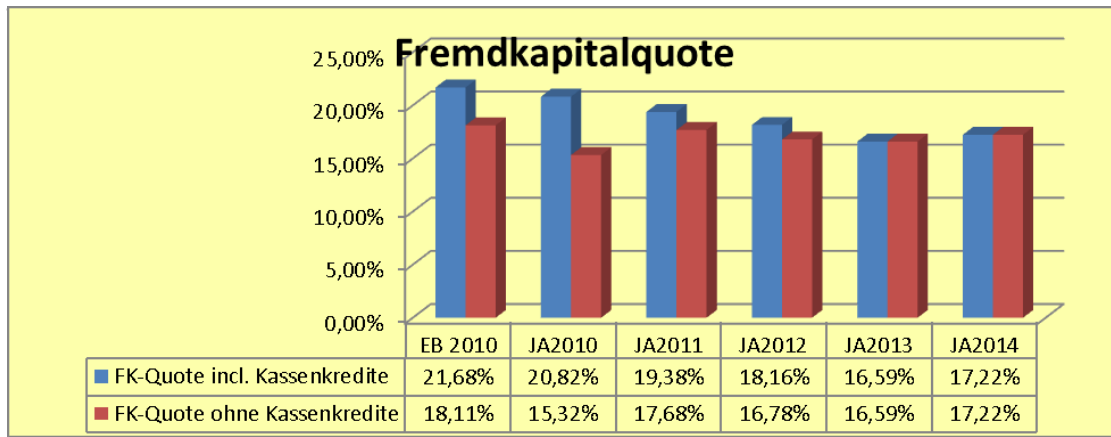
EB 2010	140.229.302,06 €
JA2010	145.527.361,22 €
JA2011	147.266.851,02 €
JA2012	145.427.758,58 €
JA 2013	151.741.718,57 €
JA 2014	158.571.436,27 €

Fremdkapital

	Rückstellungen	Verbindlichkeiten	davon Kassenkredite	Summe Fremdkapital	Fremdkapital ohne Kassenkr.
EB2010	1.678.700,89 €	28.721.379,89 €	5.000.000,00 €	30.400.080,78 €	25.400.080,78 €
JA2010	1.614.005,33 €	28.680.738,75 €	8.000.000,00 €	30.294.744,08 €	22.294.744,08 €
JA2011	1.417.099,73 €	27.120.331,58 €	2.500.000,00 €	28.537.431,31 €	26.037.431,31 €
JA2012	1.049.143,90 €	25.359.213,72 €	2.000.000,00 €	26.408.357,62 €	24.408.357,62 €
JA2013	620.629,58 €	24.548.208,41 €	- €	25.168.837,99 €	25.168.837,99 €
JA2014	910.802,48 €	26.397.470,00 €	- €	27.308.272,48 €	27.308.272,48 €

Fremdkapitalquote = Fremdkapital / Gesamtkapital

	Fremdkapital incl. Kassenkredite	Fremdkapital ohne Kassenkredite	FK-Quote incl. Kassenkredite	FK-Quote ohne Kassenkredite
EB2010	30.400.080,78 €	25.400.080,78 €	21,68%	18,11%
JA2010	30.294.744,08 €	22.294.744,08 €	20,82%	15,32%
JA2011	28.537.431,31 €	26.037.431,31 €	19,38%	17,68%
JA2012	26.408.357,62 €	24.408.357,62 €	18,16%	16,78%
JA2013	25.168.837,99 €	25.168.837,99 €	16,59%	16,59%
JA2014	27.308.272,48 €	27.308.272,48 €	17,22%	17,22%



**Dynamischer Verschuldungsgrad = Schulden incl. Rückstellungen abzgl. Liquide Mittel
/Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit**

	Summe Fremdkapital abzgl. liq. Mittel	Saldo aus lfd. Vw- Tätigkeit	Dynami- scher Verschul- dungsgrad	Aussage: theoretische Dauer bis Schuldentil- gung aus Zahlungsmittel überschuss	
JA2010	25.424.790,06 €	8.688.607,43 €	292,62%	2,93	Jahre
JA2011	27.033.566,48 €	3.882.357,53 €	696,32%	6,96	Jahre
JA2012	24.294.359,31 €	1.592.070,55 €	1525,96%	15,26	Jahre
JA2013	22.198.951,31 €	4.728.422,93 €	469,48%	4,69	Jahre
JA2014	20.291.995,00 €	7.372.145,71 €	275,25%	2,75	Jahre

Infrastrukturquote = Infrastrukturvermögen/ Bilanzsumme

	Infrastrukturvermögen	Bilanzsumme	Infrastrukturquote
EB 2010	56.648.238,43 €	140.229.302,06 €	40,40%
JA2010	52.987.436,36 €	145.527.361,22 €	36,41%
JA2011	72.954.593,27 €	147.266.851,02 €	49,54%
JA2012	70.884.995,75 €	145.427.758,58 €	48,74%
JA2013	70.733.616,12 €	151.741.718,57 €	46,61%
JA2014	68.191.173,91 €	158.571.436,27 €	43,00%

Ordentliches Ergebnis

Aufwandsdeckungsgrad = ordentliche Erträge/ ordentlicher Aufwand

	ord. Erträge	ord. Aufwand	ord. Ergebnis	Aufwands- deckungsgrad
JA2010	122.860.155,55 €	118.985.796,90 €	3.874.358,65 €	103,26%
JA2011	124.559.815,77 €	123.905.598,99 €	654.216,78 €	100,53%
JA2012	129.947.214,82 €	129.654.766,92 €	292.447,90 €	100,23%
JA2013	143.638.980,46 €	140.898.388,65 €	2.740.591,81 €	101,95%
JA2014	150.435.106,76 €	147.196.498,99 €	3.238.607,77 €	102,20%

Außerordentliches Ergebnis

	außerord. Erträge	außerord. Aufwand	außerord. Ergebnis
JA2010	1.082.375,03 €	1.373.642,65 €	291.267,62 €
JA2011	404.465,65 €	402.653,31 €	1.812,34 €
JA2012	266.123,71 €	109.875,00 €	156.248,71 €
JA2013	235.927,18 €	1.373.684,73 €	1.137.757,55 €
JA2014	989.654,36 €	507.119,83 €	482.534,53 €

Gesamtergebnis = Gesamterträge – Gesamtaufwand

Gesamtaufwandsdeckungsgrad = Gesamterträge / Gesamtaufwand

	Gesamterträge	Gesamtaufwand	Gesamtergebnis	Gesamtaufwands- deckungsgrad
JA2010	123.942.530,58 €	120.359.439,55 €	3.583.091,03 €	102,98%
JA2011	124.964.281,42 €	124.308.252,30 €	656.029,12 €	100,53%
JA2012	130.213.338,53 €	129.764.641,92 €	448.696,61 €	100,35%
JA2013	143.874.907,64 €	142.272.073,38 €	1.602.834,26 €	101,13%
JA2014	151.424.761,12 €	147.703.618,82 €	3.721.142,30 €	102,52%

Zahlungsmittelüberschuss I = Einzahlungen aus lfd. VW-Tätigkeit – Auszahlungen aus lfd. VW-Tätigkeit

	Gesamterträge	Gesamtaufwand	Gesamtergebnis	Gesamtaufwands- deckungsgrad
JA2010	123.942.530,58 €	120.359.439,55 €	3.583.091,03 €	102,98%
JA2011	124.964.281,42 €	124.308.252,30 €	656.029,12 €	100,53%
JA2012	130.213.338,53 €	129.764.641,92 €	448.696,61 €	100,35%
JA2013	143.874.907,64 €	142.272.073,38 €	1.602.834,26 €	101,13%
JA2014	151.424.761,12 €	147.703.618,82 €	3.721.142,30 €	102,52%

Zahlungsmittelüberschuss II = Einzahlungen aus lfd. VW-Tätigkeit – Auszahlungen aus lfd. VW-Tätigkeit abzgl. Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit

Entspricht: Nettoinvestitionsrate

	Einz.lfd.VW	Ausz. lfd.Vw	ord. Tilgung	Zahlungsmittel- überschuss II = Nettoinvestitionsrate
JA2010	119.433.138,53 €	110.744.531,10 €	1.841.968,78 €	6.846.638,65 €
JA2011	120.854.089,74 €	116.971.732,21 €	1.661.167,62 €	2.221.189,91 €
JA2012	126.396.161,58 €	124.804.091,03 €	2.046.665,34 €	-454.594,79 €
JA2013	139.224.633,08 €	134.496.210,15 €	2.280.389,40 €	2.448.033,53 €
JA2014	148.352.863,79 €	140.980.717,08 €	2.467.324,42 €	4.904.822,29 €

Kreisumlagequote = Kreisumlage / ordentliche Erträge

	Kreisumlage	ord. Erträge	Kreisumlagequote
JA2010	43.337.500,00 €	122.860.155,55 €	35,27%
JA2011	41.800.980,00 €	124.559.815,77 €	33,56%
JA2012	45.970.748,00 €	129.947.214,82 €	35,38%
JA2013	50.834.052,00 €	143.638.980,46 €	35,39%
JA2014	54.635.284,00 €	150.435.106,76 €	36,32%

Transferaufwandsquote = Transferaufwendungen / ordentliche Aufwendungen

	Transferauf- wendungen	Besonderer Aufwand Jobcenter	Erstattung Grundsicherung Arb.suchende (GE)	Summe Transfer- aufwendungen
JA2010	58.819.720,57 €			58.819.720,57 €
JA2011	62.669.794,21 €			62.669.794,21 €
JA2012	56.751.293,53 €	588.489,73 €	8.683.930,00 €	66.023.713,26 €
JA2013	65.610.408,59 €	619.467,35 €	9.534.932,53 €	75.764.808,47 €
JA2014	70.686.967,12 €	617.981,69 €	10.001.412,60 €	81.306.361,41 €

	Summe Transferaufwendungen	Ordentliche Aufwendungen	Transferaufwandsquote
JA2010	58.819.720,57 €	118.985.796,90 €	49,43%
JA2011	62.669.794,21 €	123.905.598,99 €	50,58%
JA2012	66.023.713,26 €	129.654.766,92 €	50,92%
JA2013	75.764.808,47 €	140.898.388,65 €	53,77%
JA2014	81.306.361,41 €	147.196.498,99 €	55,24%

Soziallastdeckungsquote durch Kreisumlage (Transferumlagenquote)

	Transferaufwendungen (Sozialbereich)	./. Transfererträge für Sozialleistungen	./. Soziallastenaus- gleich	Netto - Aufwendungen Soziale Sicherung
JA2010	51.890.020,31 €	4.171.776,33 €	3.806.311,04 €	43.911.932,94 €
JA2011	56.726.083,24 €	5.122.830,62 €	4.888.937,24 €	46.714.315,38 €
JA2012	59.184.097,23 €	5.324.210,94 €	6.397.200,86 €	47.462.685,43 €
JA2013	69.302.481,86 €	8.378.760,29 €	8.853.605,73 €	52.070.115,84 €
JA2014	74.517.116,87 €	8.163.134,39 €	9.990.294,51 €	56.363.687,97 €

	Netto - Aufwendungen Soziale Sicherung	Kreisumlage	Soziallastdeckungsquote durch Kreisumlage (Transferumlagenquote)
JA2010	43.911.932,94 €	43.337.500,00 €	98,69%
JA2011	46.714.315,38 €	41.800.980,00 €	89,48%
JA2012	47.462.685,43 €	45.970.748,00 €	96,86%
JA2013	52.070.115,84 €	50.834.052,00 €	97,63%
JA2014	56.363.687,97 €	54.635.284,00 €	96,93%

Personalaufwandsquote

	Personalaufwendungen	Ordentliche Aufwendungen	Personalaufwandsquote
JA2010	30.134.783,09 €	118.985.796,90 €	25,33%
JA2011	30.407.740,25 €	123.905.598,99 €	24,54%
JA2012	31.630.091,85 €	129.654.766,92 €	24,40%
JA2013	32.294.989,01 €	140.898.388,65 €	22,92%
JA2014	33.422.001,27 €	147.196.498,99 €	22,71%

Sach- und Dienstleistungsintensität
= Aufw. F. Sach- u. Dienstl. / ordentlicher Aufwand

	Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	Ordentliche Aufwendungen	Sach- und Dienstleistungsintensität
JA2010	8.462.433,97 €	118.985.796,90 €	7,11%
JA2011	10.042.182,54 €	123.905.598,99 €	8,10%
JA2012	11.115.130,35 €	129.654.766,92 €	8,57%
JA2013	10.761.758,23 €	140.898.388,65 €	7,64%
JA2014	10.870.727,92 €	147.196.498,99 €	7,39%

Abschreibungsintensität

	Abschreibungen	Ordentliche Aufwendungen	Abschreibungsintensität
JA2010	6.484.393,34 €	118.985.796,90 €	5,45%
JA2011	5.846.919,94 €	123.905.598,99 €	4,72%
JA2012	6.225.636,14 €	129.654.766,92 €	4,80%
JA2013	6.607.591,54 €	140.898.388,65 €	4,69%
JA2014	7.305.400,83 €	147.196.498,99 €	4,96%

Zinsaufwandsintensität
= Zinsaufwand /
ordentlicher Aufwand

	Zinsaufwand	Ordentliche Aufwendungen	Abschreibungsintensität
JA2010	708.029,45 €	118.985.796,90 €	0,60%
JA2011	772.252,73 €	123.905.598,99 €	0,62%
JA2012	686.415,50 €	129.654.766,92 €	0,53%
JA2013	590.515,91 €	140.898.388,65 €	0,42%
JA2014	525.543,76 €	147.196.498,99 €	0,36%

Reinvestitionsquote **=**
Investitionsauszahlungen
/ Abschreibungen

	Auszahlungen aus Inv. tätigkeit	Abschreibungen	Reinvestitionsquote
JA2010	10.675.496,72 €	6.484.393,34 €	164,63%
JA2011	7.633.905,49 €	5.846.919,94 €	130,56%
JA2012	4.861.188,09 €	6.225.636,14 €	78,08%
JA2013	4.663.623,79 €	6.607.591,54 €	70,58%
JA2014	7.400.406,75 €	7.305.400,83 €	101,30%

Bilanzregel: Deckung langfristiges Vermögen durch langfristiges Kapital

	immaterielles Vermögen	Sachvermögen	langfr. Finanzvermögen	geleistete Sonderposten	Summe langfr. Vermögen
JA2010	300.199,59 €	129.058.962,89 €	2.187.915,99 €	2.138.071,84 €	131.547.078,47 €
JA2011	342.179,25 €	130.809.600,43 €	2.231.435,10 €	2.935.662,95 €	136.318.877,73 €
JA2012	261.508,70 €	129.148.125,83 €	2.230.598,91 €	3.834.024,95 €	135.474.258,39 €
JA2013	365.026,13 €	129.845.139,01 €	3.259.602,06 €	2.884.069,00 €	136.353.836,20 €
JA2014	394.409,96 €	129.921.931,33 €	3.250.819,06 €	1.112.382,75 €	134.679.543,10 €

	Kapitalposition	Sonderposten f. Investitionen	langfristige Rückstellungen	langfr. Verbindlichkeiten	Summe langfr. Kapital
JA2010	48.563.214,43 €	62.400.984,16 €	0	25.694.797,77 €	136.658.996,36 €
JA2011	53.416.530,36 €	64.903.256,24 €	0	22.598.630,15 €	140.918.416,75 €
JA2012	53.666.339,40 €	64.880.551,82 €	0	21.516.515,42 €	140.063.406,64 €
JA2013	57.092.052,00 €	65.458.827,33 €	0	19.517.996,70 €	142.068.876,03 €

JA2014	60.813.194,30 €	65.897.255,30 €	0	19.054.888,89 €	145.765.338,49 €
---------------	-----------------	-----------------	---	------------------------	-------------------------

	Summe langfr. Vermögen	Summe langfr. Kapital	Bilanzregel: langfr Kapital >= langfr.Ver- mögen
JA2010	131.547.078,47 €	136.658.996,36 €	103,89%
JA2011	136.318.877,73 €	140.918.416,75 €	103,37%
JA2012	135.474.258,39 €	140.063.406,64 €	103,39%
JA2013	136.353.836,20 €	142.068.876,03 €	104,19%
JA2014	134.679.543,10 €	145.765.338,49 €	108,23%

Liquiditätskennzahlen

	liquide Mittel	angelegte Kassenmittel	Liquidität lt. Bilanz	Ermächtigungsü- bertragungen	Liquidität unter Berücksichtigung Ermächtigungsüber- tragungen
JA2010	4.869.954,02 €		4.869.954,02 €	7.959.178,61 €	-3.089.224,59 €
JA2011	1.503.864,83 €		1.503.864,83 €	5.578.119,58 €	-4.074.254,75 €
JA2012	2.113.998,31 €		2.113.998,31 €	5.430.441,64 €	-3.316.443,33 €
JA2013	2.969.886,68 €		2.969.886,68 €	2.255.475,02 €	714.411,66 €
JA2014	7.016.277,48 €		7.016.277,48 €	3.269.409,94 €	3.746.867,54 €

	Liquidität lt. Bilanz	Kassenkredite	Liquidität ohne Kassenkredite	Ermächtigungsü- bertragungen	Liquidität ohne Kassenkredite u. Berücksichtigung Ermächtigungs- übertragungen
JA2010	4.869.954,02 €	8.000.000,00 €	-3.130.045,98 €	7.959.178,61 €	-11.089.224,59 €
JA2011	1.503.864,83 €	2.500.000,00 €	-996.135,17 €	5.578.119,58 €	-6.574.254,75 €
JA2012	2.113.998,31 €	2.000.000,00 €	113.998,31 €	5.430.441,64 €	-5.316.443,33 €
JA2013	2.969.886,68 €	-	2.969.886,68 €	2.255.475,02 €	714.411,66 €
JA2014	7.016.277,48 €	-	7.016.277,48 €	3.269.409,94 €	3.746.867,54 €

Liquidität 1. Grades

= Quotient aus liquiden Mitteln und kurzfr. Vb.

	Liquidität lt. Bilanz abzgl. Kassenkredite	kurzfr. Vb	Liquidität 1. Grades
JA2010	-3.130.045,98 €	5.584.062,73 €	-56,05%
JA2011	-996.135,17 €	4.521.701,43 €	-22,03%
JA2012	113.998,31 €	3.842.997,40 €	2,97%
JA2013	2.969.886,68 €	5.030.211,71 €	59,04%
JA2014	7.016.277,48 €	7.342.581,10 €	95,56%

Liquidität 2. Grades

= Quotient aus liquiden Mitteln + Fo < 1 Jahr und kurzfr. Vb

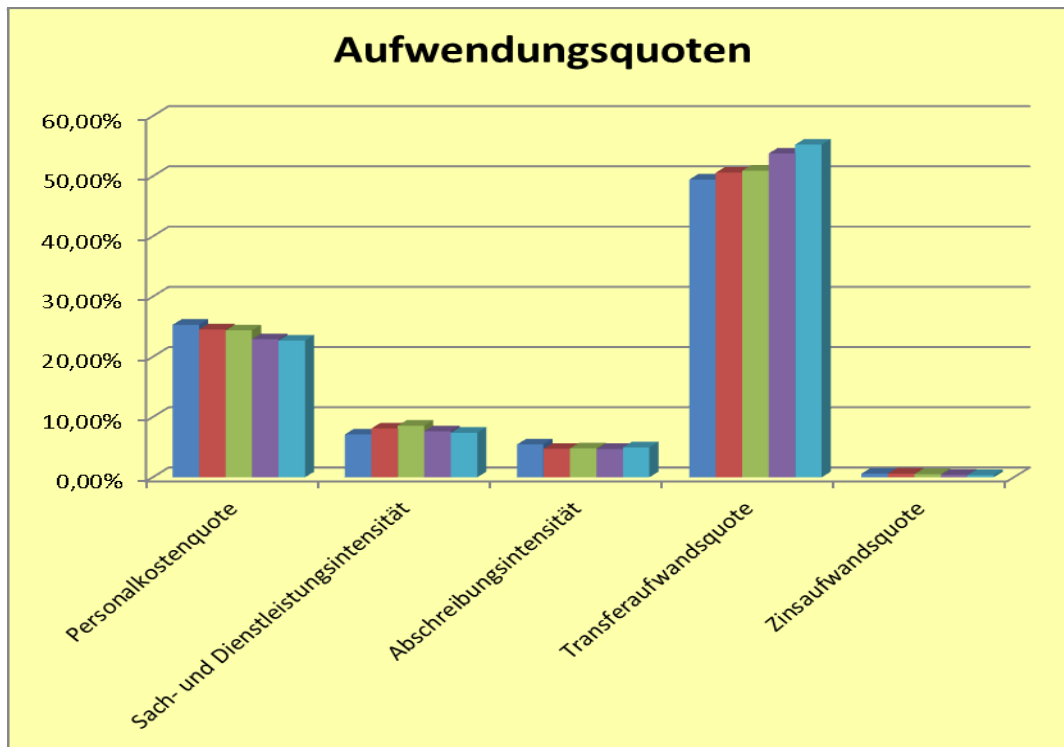
	Liquidität lt. Bilanz ohne Kassenkredite	kurzfristige Fo	kurzfr. Vb	Liquidität 2. Grades
JA2010	-3.130.045,98 €	4.832.681,00 €	5.584.062,73 €	-3.881.427,71 €
JA2011	-996.135,17 €	7.019.827,00 €	4.521.701,43 €	1.501.990,40 €
JA2012	113.998,31 €	5.962.123,00 €	3.842.997,40 €	2.233.123,91 €
JA 2013	2.969.886,68 €	9.803.473,55 €	5.030.211,71 €	7.743.148,52 €
JA 2014	7.016.277,48 €	12.973.008,00 €	7.342.581,10 €	12.646.704,38 €

Liquidität 2. Grades ohne Kassenkredite und unter Berücksichtigung der Ermächtigungsübertragungen

	Liquidität 2. Grades	kurzfr. Verbindlichkeiten	Liquidität 2. Grades ohne Kassenkredite	Liquidität 2. Grades ohne Kassenkredite mit Berücksichtigung Ermächtigungsüber- tragungen
JA2010	1.702.635,02 €	5.584.062,73 €	-3.881.427,71 €	-11.840.606,32 €
JA2011	6.023.691,83 €	4.521.701,43 €	1.501.990,40 €	-4.076.129,18 €
JA2012	6.076.121,31 €	3.842.997,40 €	2.233.123,91 €	-3.197.317,73 €
JA2013	12.773.360,23 €	5.030.211,71 €	7.743.148,52 €	5.487.673,50 €
JA2014	19.989.285,48 €	7.342.581,10 €	12.646.704,38 €	9.377.294,44 €

Aufwendungsquoten in der Übersicht

	JA 2010	JA 2011	JA 2012	JA2013	JA2014
Personalkostenquote	25,33%	24,54%	24,40%	22,92%	22,71%
Sach- und Dienstleistungsintensität	7,11%	8,10%	8,57%	7,64%	7,39%
Abschreibungsintensität	5,45%	4,72%	4,80%	4,69%	4,96%
Transferaufwandsquote	49,43%	50,58%	50,92%	53,77%	55,24%
Zinsaufwandsquote	0,60%	0,62%	0,53%	0,42%	0,36%



Aufwands- und Verschuldungsquoten in der Übersicht

	JA 2010	JA 2011	JA 2012	JA 2013	JA2014
Aufwandsdeckungsgrad	103,26%	100,53%	100,23%	101,95%	102,20%
Gesamtaufwandsdeckungsgrad	102,98%	100,53%	100,35%	101,13%	102,52%
Fremdkapitalquote	20,82%	21,02%	18,16%	16,59%	17,22%
Dynamischer Verschuldungsgrad	348,67%	735,05%	1658,74%	469,48%	275,25%